

Einsatzgebiet Klassenzimmer – die Bundeswehr in der Schule



Impressum

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Hauptvorstand
Reifenberger Str. 21
60489 Frankfurt
069/78973-0
Fax: 069/78973-202
E-Mail: info@gew.de
www.gew.de

Verantwortlich: Marianne Demmer, Ulf Rödde (V.i.S.d.P.)
Text: Jürgen Amendt
Redaktion: Martina Schmerr, Sarah Holze
Fotos: Michael Schulze von Glaser
Gestaltung: Illustration & Design, Karsten Sporleder
Druck: Druckerei Leutheußner

ISBN: 978-3-939470-71-1

Die Broschüre erhalten Sie im GEW-Shop (Artikelnr.: 1436).
www.gew-shop.de, E-Mail: gew-shop@callagift.de, Fax: 06103-30332-20
Mindestbestellmenge: 10 Exemplare; Einzelpreis 1,00 Euro
Preise zzgl. Verpackungs- und Versandkosten

Einzelexemplare können Sie anfordern unter: broschueren@gew.de,
Fax: 069/78973-70161. Einzelpreis 1,00 Euro zzgl. Porto.

Oktober 2011

Einsatzgebiet Klassenzimmer – die Bundeswehr in der Schule

Vorwort	5
1. Bundeswehr in der Schule	7
1.1 Einsatzgebiet Klassenzimmer	7
1.2 Kooperationsvereinbarungen zwischen Bundeswehr und Kultusministerien	11
1.3 Arbeitslos und aus dem Osten: Last Exit Bundeswehr	13
1.4 „Kindersoldaten“ beim „Bund“	15
Die UN-Kinderrechtskonvention	16
Klein-Mitrovica, Kreis Zwickau: Schießübungen für Schüler	17
1.5 „Troops on the ground“ und „humanitäre Hilfe“ – Werbung à la Bundeswehr	18
2. Lernziel: Sicherheitspolitik à la Bundeswehr	20
2.1 Schüler regieren die Welt	20
POL&IS: Weltpolitik auf dem Spielbrett und am Konferenztisch	21
2.2 Jugendoffiziere: Ausbildung, Aufgaben, Einsatzgebiet	24
Beutelsbacher Konsens	26
Bundeswehr und Berufsberatung	28
2.3 Bundeswehr-PR in Unterrichtsmaterialien	29
2.4 Bundeswehr und Lehrerbildung	31
3. Positionen, Aktivitäten und Handlungsmöglichkeiten	34
3.1 „Einfluss zurückdrängen – Politische Bildung ist Aufgabe von Lehrkräften“: Die GEW-Position	34
3.2 Schulen als „bundeswehrfreie Zonen“	35
Bundeswehr in der Schule? Tipp für Eltern – Unterrichtsbefreiung	38
3.3 Friedensbildung in der Schule	39
Links und Hinweise	41



Der Werbeetat der Bundeswehr ist von 1998 bis 2010 von 9 auf 27 Millionen Euro gestiegen. Die Imagepflege scheint bitter notwendig zu sein. Der Wandel von einer reinen Verteidigungsarmee hin zu einer Interventionsarmee im Auslandseinsatz findet keinen großen Anklang in der Bevölkerung. Auch das Anwerben junger Menschen für den neuen Freiwilligen Wehrdienst bleibt bisher ohne den erhofften Erfolg. Die Bundeswehr braucht jedoch gut ausgebildete Freiwillige. Aber ausgerechnet die Abiturienten haben bereits in der Vergangenheit in großer Zahl den Wehrdienst verweigert. Damit geraten die Schulen verstärkt ins „Visier“ als Orte, an dem Werbung für eine „Karriere in der Bundeswehr“ sowie für die Akzeptanz von Auslandseinsätzen gemacht wird.

In den letzten Jahren haben acht von sechzehn Landesregierungen eine Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr abgeschlossen und rund 400 haupt- und ehrenamtlichen Jugendoffizieren als offiziellen „Partnern“ für die politische Bildung den roten Teppich vor Schulen und Hochschulen ausgerollt. Sofern die Jugendoffiziere Unterricht übernehmen, besteht sogar grundsätzlich Anwesenheitspflicht. Offiziell dürfen die jungen Offiziere zwar keine Nachwuchswerbung betreiben, aber ihr Einsatz wirkt – gerade auch auf Minderjährige.

Dies ruft in den letzten Jahren immer mehr Eltern und Kinderschutzorganisationen auf den Plan. Der Widerstand wächst. In vielen Bundesländern wurden Netzwerke gegründet, die sich gegen die neue Militarisierung vieler Lebensbereiche – vor allem der Schulen – wehren. Der Hauptvorstand der GEW hat sich bereits im März 2010 gegen die Einflussnahme der Bundeswehr auf Unterricht und Lehrerausbildung ausgesprochen und mit Nachdruck betont, dass die politische Bildung – auch in Fragen der Sicherheitspolitik – in die Hand der dafür ausgebildeten Lehrkräfte gehört.

Die vorliegende Broschüre gibt einen Überblick über die Werbestrategien der Bundeswehr sowie die derzeitigen Kooperationsvereinbarungen in den Bundesländern. Sie informiert über die Aktivitäten der Bundeswehr in der Lehrerausbildung und gibt außerdem Einblicke in deren Unterrichtsmaterial sowie in das Bundeswehr-Planspiel POL&IS. Zugleich problematisiert sie die Einflussnahme auf Minderjährige im Lichte der UN-Kinderrechtskonvention und zeigt mögliche Aktivitäten und Handlungsperspektiven auf.

Die GEW stellt außerdem Informationen im Internet zur Verfügung und unterstützt friedenspädagogische Aktivitäten. Auch mehrere GEW-Landesverbände sind aktiv geworden und drängen zum Beispiel dort, wo Sozialdemokraten oder Bündnis 90/Die Grünen an Regierungen beteiligt sind, mit einigem Erfolg darauf, Friedensinitiativen den gleichberechtigten Zugang zu Schulen zu sichern.

Diese Forderung ist freilich nicht unumstritten. Das Ungleichgewicht zwischen Bundeswehr und Friedensbewegung ist – in personeller und finanzieller Hinsicht etwa – mit den derzeitigen Mitteln kaum auszugleichen. Es geht jedoch um weitaus mehr als um schlichte „Waffengleichheit“. Es geht darum, dass das Neutralitätsgebot der Schule nicht verletzt wird, dass junge Menschen ausgewogen informiert und nicht manipuliert werden. Ob das gelingt, wenn Jugendoffiziere unterschlagen,

wie viele junge Soldaten traumatisiert aus ihrem Einsatz zurück kehren und dass der Soldatenberuf mitunter sogar tödlich ist: daran haben wir größte Zweifel.

Schulen sollen Lernräume und -gelegenheiten schaffen, damit junge Menschen demokratisches Handeln einüben, sich ein eigenes Urteil bilden und grundlegende Werte – wie Respekt, Gewaltfreiheit, Toleranz, Frieden und Nachhaltigkeit – erfahren und verteidigen. Dafür sind Lehrkräfte ausgebildet und daran arbeiten viele Schulen im Rahmen ihrer Schulentwicklung. Für diese Bildungsziele laden Lehrkräfte andere Menschen in den Unterricht ein. Dass uniformierte Jungoffiziere Unterricht halten und dafür durch das Kultusministerium einen Freibrief erhalten, und Lehrkräfte oder Ehrenamtliche aus der Friedensbewegung für den nötigen Ausgleich sorgen müssen, war mit dem Konzept „Öffnung von Schule“ allerdings nicht gemeint.

Außerdem kann es nicht nur die Aufgabe der Zivilgesellschaft sein, gewaltfreie Sicherheitskonzepte zu entwickeln und zu finanzieren. Die fehlende Nachhaltigkeit militärischer Interventionspolitik, ihre hohen zivilen und militärischen Opfer sowie ihr äußerst schlechtes Kosten-Nutzen-Verhältnis sollten Anlass genug auch für die Parlamente sein, praktikable Konzepte ziviler Sicherheitspolitik in großem Stil zu entwickeln und die Arbeit von Friedensinitiativen großzügig finanziell zu unterstützen. Der Ausstieg aus der militärischen und der Umstieg zu einer zukunftsfähigen, nachhaltigen Sicherheitspolitik steht als gesellschaftliches Projekt auf der politischen Agenda.

Marianne Demmer

Stellvertretende Vorsitzende der GEW

Martina Schmerr

Referentin Vorstandsbereich Schule

I. Bundeswehr in der Schule



1.1 Einsatzgebiet Klassenzimmer

„Im Sport und in der Arbeit gilt: Teamwork führt zum Erfolg!“ So wird die deutsche Fußballnationalspielerin Fatmire Bajramaj in einer Werbeanzeige auf der Internetseite der „Schul-Liga“ zitiert¹. Die „Liga“ organisiert Fußball-Wettbewerbe für Schülerinnen und Schüler, die besten Schulmannschaften trafen sich Anfang Mai 2011 in Wolfsburg zum Endrundenturnier.

Eine deutsche Fußballnationalspielerin und ein Sport-Event – was wie selbstverständlich und harmlos klingt, hat einen gar nicht so selbstverständlichen und durchaus problematischen Hintergrund: Bajramaj ist Sportsoldatin der Bundeswehr und die Werbeanzeige wurde von ihrem Arbeitgeber geschaltet – einem Sponsor der „Schul-Liga“, der in diesem Jahr sogar als „Premiumpartner“ des Fußballturniers auftrat. „Als Soldatin auf Zeit profitiert die Hauptgefreite, wie etwa 700 andere Leistungssportler von der Spitzensportförderung der Streitkräfte“, heißt es in einem Porträt über Bajramaj im

Magazin „Fußball erleben“ des kommerziellen Sportevent-Veranstalters.²

Mit Ende der Wehrpflicht zum 1. Juli 2011 hat die Bundeswehr Werbung in eigener Sache nötiger denn je. Die „Truppe“ braucht Freiwillige. Für die kommenden Jahre wird mit einem jährlichen Bedarf an „frischen“ 16.000 Soldatinnen und Soldaten einfacher Dienstgrade gerechnet; 12.000 sollen als Freiwillige mit einer Dienstzeit zwischen einem und zwei Jahren, 4000 als Zeitsoldaten (Dienstzeit: bis zu acht Jahre) gewonnen werden.³

Doch die Begeisterung für den Job an der Waffe hält sich in Grenzen. So hatten sich im März für den im April 2011 beginnenden Freiwilligendienst nur knapp 300 Bewerberinnen und Bewerber gefunden – lediglich zehn Prozent des Bedarfs⁴. Im Frühjahr schrieb das Verteidigungsministerium fast eine halbe Million Haushalte an, doch der Rücklauf war bescheiden: nur 1800 der Angeschriebenen zeigten In-

1 www.schul-liga.de

2 „Fatmire Bajramaj: Soldatin und Nationalspielerin“, Fußball erleben, Ausgabe 1/2010

3 „Befehl bleibt Befehl“, FAZ, 4. März 2011

4 „Bundeswehr findet kaum Freiwillige“, Financial Times Deutschland, 1. März 2011

teresse. Und das trotz eines gestiegenen Wehrsolds: 777,30 Euro verdient ein Freiwilliger monatlich im ersten Vierteljahr – steuerfrei. Wer sich länger verpflichtet, bekommt 1146,30 Euro im Monat. Dazu kommen weitere Zuschüsse, kostenfreie Verpflegung etc.

Anfang Juli gab Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière zwar Entwarnung. Die Rekrutierungszahlen hätten sich nach Beginn des Freiwilligendienstes besser entwickelt als erwartet, erklärte er.⁵ Der Staats- und Sozialwissenschaftler Jochen Bohn glaubt allerdings nicht an einen nachhaltigen Trend. Auf Dauer werde die Bundeswehr nur schwer gegen die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt bestehen können. Der Dienst in der Bundeswehr sei zu wenig attraktiv und der Bund zahle nicht genug, um dauerhaft geeignete Bewerber zu bekommen,

14 Prozent der neuen Freiwilligen entschlossen sich, von der sechsmonatigen Probezeit Gebrauch zu machen und die Armee zu verlassen.

schrieb der Oberstleutnant der Reserve im Campus-Magazin der Bundeswehr-Universität. Vor allem beim Offiziers-Nachwuchs sieht Bohn erhebliche Rekrutierungsprobleme.⁶

Die ersten Wochen nach der Umwandlung der Bundeswehr von einer Wehrpflicht- zu einer Freiwilligen-Armee scheint diese Prognose zu bestätigen. So hatten sich laut einem Bericht



der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ (HAZ) bereits Mitte Juli 2011 bei der 1. Panzerdivision in Hannover rund 14 Prozent der neuen Freiwilligen entschlossen, von der sechsmonatigen Probezeit Gebrauch zu machen und die Armee zu verlassen. Beim Wachbataillon in Berlin hatten 17 von 158 neuen Soldaten keine Lust mehr auf den militärischen Drill und das Leben in der Kaserne. Viele der Ausgeschiedenen gaben laut HAZ an, dass sie doch noch den Studienplatz außerhalb der Bundeswehr erhielten, für den sie sich beworben hatten, andere bekamen eine Zusage für eine Ausbildung in einem zivilen Beruf.⁷

2012 könnten die Nachwuchssorgen weiter wachsen, denn dann werden die Soldaten nach und nach ausscheiden, die noch unter der Wehrpflicht begonnen haben und sich währenddessen entschieden, ihren Dienst zu ver-

5 Bundeswehr startet mit 13.000 Freiwilligen in eine neue Ära“, Financial Times Deutschland, 30. Juni 2011

6 „Nach dem Studium an den Hindukusch“, Süddeutsche Zeitung, 1. Juli 2011

7 „Bundeswehr muss um jeden Rekruten kämpfen“, Hannoversche Allgemeine, 20. Juli 2011

8 „Rekruten aus dem Klassenzimmer“, Tagesspiegel, 8. Juni 2011

längern. Verteidigungsminister Thomas de Maizière kündigte daher an, dass die Bundeswehr verstärkt auch außerhalb der Kreiswehrrersatzämter und der Kasernen neue Rekruten werben werde. „Die Mitarbeiter müssen raus in die Schulen, raus in die Sportvereine und dort werben“, so de Maizière.⁸

Das erfordert von seinem uniformierten Personal einen Strategiewechsel: Sie dürfen nicht mehr den „Bürger in Uniform“ im Blick haben, sondern müssen den Dienst an der Waffe als mehr oder weniger „normalen Beruf“ anpreisen. Dass die Bundeswehr die Schulen als Einsatzgebiet betrachtet, ist dabei nicht neu. Während allerdings die Zahl der Besuche von Schulklassen in den Kasernen der Bundeswehr (sogenannte Truppenbesuche) zwischen 1999 und 2008 um 75 Prozent auf knapp 17.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer sank und damit der direkte Werbecharakter für den Armeedienst abnahm, suchten die Jugendoffiziere in den letzten Jahren verstärkt den direkten Kontakt zu den Schulen vor Ort – die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die Vorträgen der Jugendoffiziere im Klassenzimmer lauschten, nahm zwischen 1999 und 2008 um rund ein Viertel auf knapp 129.000 zu. Im Jahr 2010 traten Jugendoffiziere vor rund 135.000 Schülern im Unterricht auf (ohne Teilnahme an Podiumsdiskussionen und Seminaren).⁹ Zudem hielten Wehrdienstberater, die über die Laufbahnmöglichkeiten der Bundeswehr informieren, Vorträge vor rund 196.000 Schülerinnen und Schülern.¹⁰ Die Bundesregierung lässt sich das einiges kosten: Gegenüber 1998 sind 2010 die verfügbaren Haushaltsmittel für die Nachwuchswerbung der

Gegenüber 1998 sind 2010 die verfügbaren Haushaltsmittel für die Nachwuchswerbung der Bundeswehr von neun Millionen Euro auf 27 Millionen Euro aufgestockt worden.

Bundeswehr von neun Millionen Euro auf 27 Millionen Euro aufgestockt worden.¹¹

Im Schulbereich treten Offiziere dabei vor allem in den höheren Klassen an den Gymnasien auf. Mit 60.936 stellten die Schüler der Sekundarstufe II die größte Gruppe unter den 175.463 Schülerinnen und Schülern, die 2008 von den 94 hauptamtlichen und 300 nebenamtlichen Jugendoffizieren der Bundeswehr aufgesucht wurden bzw. die an Veranstaltungen der Bundeswehr teilnahmen.¹² Der Jahresbericht der Jugendoffiziere weist für 2008 insgesamt 382 Seminare an Gymnasien mit 15.546 Teilnehmern aus – die Gymnasiasten der Sekundarstufe II stellen damit annähernd 60 Prozent aller Seminarteilnehmer; nur 1295 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zählt die Jahresstatistik bei den Hauptschulen, 2350 bei den Realschulen. Die beiden Schulformen liegen dagegen bei den Truppenbesuchen deutlich vor den Gymnasien. In den Folgejahren hat sich die Statistik nicht wesentlich verändert. Ähnlich sieht die Verteilung nach Schultypen bei den Wehrdienstberatern aus. 2009 warben die Rekrutierungsfachleute vor 12.648 Schülerinnen und Schülern für den Dienst an der Waffe: 47 Prozent davon waren Haupt- und Realschüler, danach folgten mit 31 Prozent Schülerinnen und Schüler der berufsbildenden Schulen, Gymnasiasten lagen mit knapp 22 Prozent an letzter Stelle.¹³

9 Jahresbericht der Jugendoffiziere 2008, Anlage 2a, veröffentlicht im Juni 2009

10 Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke, 20. Januar 2011

11 die zeitung (Magazin von „terre des hommes“ in Kooperation mit der GEW), 2/2011, Seite 2

12 Jahresbericht der Jugendoffiziere 2008, Anlage 2a

13 „IMI-Fact-Sheet: Bundeswehr und Schulen“, Informationsstelle Militarisation e.V. (IMI), Juni 2010, Seite 2

Allgemein formuliert: Die Bundeswehr umwirbt vor allem Haupt- und Realschüler sowie Berufsschüler als potenzielle Soldaten – und dieser Befund hat auch nach Aussetzung der Wehrpflicht Mitte dieses Jahres weiter Gültigkeit. „Für Schulabgänger der Haupt-, Real- und Mittelschulen ist die Bundeswehr thematisch immer wieder als Arbeitgeber von großem Interesse. Laut der erreichten Lehrkräfte und Multiplikatoren besteht hier ein sehr großer Bedarf an Erstinformationen zu beruflichen Perspektiven und Möglichkeiten in den Streitkräften“, heißt es im aktuellen Jahresbericht der Jugendoffiziere.¹⁴ Mit den höheren Klassen der Gymnasien werden dagegen sicherheitspolitische und ökonomische Fragen diskutiert. „Im Allgemeinen werden die Jugendoffiziere in den Gymnasien zum Lehrplanthema ‚Internationale Beziehungen/Konflikte/Friedenssicherung‘ eingeladen“, heißt es in einer Antwort der schleswig-holsteinischen Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion im Kieler Landtag.¹⁵ Hier steht die Imagepflege im Vordergrund. Die Bundeswehr soll als selbstverständlicher Teil deutscher Außenpolitik im gesellschaftlichen Bewusstsein verankert werden.

dokumentiert der Bericht der Jugendoffiziere für das Jahr 2008. In vielen Bundesländern sei der Umfang des Faches Politik/Sozialkunde in den Schulen reduziert worden, heißt es da. Die Fachlehrer hätten daher zunehmend Probleme damit, „alle Themenbereiche der vorgegebenen Curricula behandeln zu können“. Das sei für die Jugendoffiziere „Risiko und Chance zugleich“. Einerseits fehle in manchen Schulen die Zeit, Offiziere in den Unterricht einzuladen, andererseits „sind die Fachlehrer froh, Referenten für Sicherheitspolitik einladen zu können, um den Jugendlichen diesen Themenkomplex (...) näherzubringen“, stellt der Bericht fest.¹⁶

Diese Einschätzung bestätigt auch Klaus-Heinrich Ehlers vom Bundesverteidigungsministerium. Haupt- und Realschüler interessierten sich eher für Ausbildungsfragen, an den Gymnasien dominierten politische Aspekte beim Thema „Bundeswehr“. Im Laufe der Jahre habe sich zudem der Charakter der Debatten an den Schulen geändert. In der Zeit des Kalten Kriegs habe z.B. der Wehrdienst in den Fragen der Schüler kaum zur Disposition gestanden, sagt Ehlers, der im Ministerium für den Einsatz der

„Die Wehrpflicht ist bei den Jugendlichen weiterhin stark umstritten. Sie hat insbesondere bei Gymnasiasten weniger Rückhalt und kaum Akzeptanz.“

Der Bundeswehr kommt entgegen, dass vielen Schulen aufgrund Personalmangels und schlechter sachlicher Ausstattung die Erfüllung des Lehrplans bei diesen Themen zunehmend schwerer fällt – und sie nutzt diese Chance. Das

Jugendoffiziere verantwortlich ist. Das habe sich in den zurückliegenden Jahren geändert. „Die Wehrpflicht ist bei den Jugendlichen weiterhin stark umstritten. Sie hat insbesondere bei Gymnasiasten weniger Rückhalt und kaum

¹⁴ Jahresbericht der Jugendoffiziere 2010, Seite 4, veröffentlicht im Juni 2011

¹⁵ Landtag Schleswig-Holstein, 22. Februar 2010, Drucksache 17/243

¹⁶ Jahresbericht der Jugendoffiziere 2008, Seite 5

Akzeptanz“, heißt es im Jahresbericht der Jugendoffiziere 2008.¹⁷

1.2 Kooperationsvereinbarungen zwischen Bundeswehr und Kultusministerien

Wer könnte da schon dagegen sein? „Schülerinnen und Schüler sollen so befähigt und motiviert werden, die Möglichkeiten der Friedenssicherung zu erörtern.“ Mit dem „so“ ist allerdings nicht der Unterricht im Fach Sozialkunde gemeint, das kleine Wörtchen bezieht sich auf den Besuch der Jugendoffiziere in der Schule. Festgehalten ist diese Regelung in einer sogenannten Kooperationsvereinbarung zwischen dem Wehrbereichskommando IV – Süddeutschland – der Bundeswehr und dem Kultusministerium Baden-Württemberg aus dem Jahr 2009. Darin wird unter anderem die Einbindung von Jugendoffizieren in den Unterricht, aber auch „in die Aus- und Fortbildung von Referendarinnen und Referendaren sowie Lehrkräften“ geregelt. Das Ministerium verpflichtet sich zudem, „die Umsetzung der Kooperationsvereinbarung durch regelmäßige Gespräche der Jugendoffiziere mit zuständigen Vertreterinnen und Vertretern der Regierungspräsidien“ zu evaluieren.¹⁸

Baden-Württemberg war eines der ersten Bundesländer, das das Vordringen der Bundeswehr in die Klassenzimmer durch einen entsprechenden Vertrag regelte. Den Anfang machte 2008 Nordrhein-Westfalen, im Jahr darauf folgten neben Baden-Württemberg das Saarland, 2010 schlossen Sachsen, Rheinland-Pfalz, Bayern,

Hessen und Mecklenburg-Vorpommern ähnliche Vereinbarungen mit der Bundeswehr. Aber auch ohne schriftlichen Vertrag weiß die Bundeswehr bei ihrem Einsatz im Innern die Politik auf ihrer Seite. Der niedersächsische Ministerpräsident David McAllister (CDU) etwa betont, wie wichtig es sei, die Bundeswehr bei ihrem Werben um Nachwuchs auch in den Schulen zu unterstützen – auch ohne gesonderte Vereinbarung: Eine Kooperation zwischen staatlichen Einrichtungen, Schulen und Streitkräften ist (...) selbstverständlich“, erklärte das Kultusministerium in Hannover auf eine Anfrage der grünen Landtagsfraktion.¹⁹

Baden-Württemberg war eines der ersten Bundesländer, das das Vordringen der Bundeswehr in die Klassenzimmer durch einen entsprechenden Vertrag regelte.

An Kooperationsvereinbarungen soll auch nicht gerüttelt werden – trotz vielfachen Protests von Schülern, der GEW und der Friedensbewegung. Auf Druck der Friedensbewegung sollen allerdings in Nordrhein-Westfalen und im Saarland Friedensinitiativen einen gleichberechtigten Zugang zum Schulunterricht erhalten.²⁰ Bereits beschlossen wurde ein Abkommen zwischen dem Kultusministerium in Rheinland-Pfalz und dem „Netzwerk Friedensbildung Rheinland-Pfalz“, dem zum Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung im August 2011 insgesamt 15 Gruppierungen der Friedensbe-

¹⁷ Jahresbericht der Jugendoffiziere 2008, Seite 11

¹⁸ Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg und dem Wehrbereichskommando IV – Süddeutschland – der Bundeswehr vom 4. Dezember 2009

¹⁹ Niedersächsischer Landtag, 18. Mai 2010, Drucksache 16/2472

²⁰ „Friedenstaube darf ins Klassenzimmer“, Neues Deutschland, 1. April 2011

wegung angehörten. Gegenstand der Übereinkunft ist unter anderem die Erziehung zu Gewaltlosigkeit. In der Präambel wird diesbezüglich auf entsprechende Aussagen in der UN-Kinderrechtskonvention sowie des Schulgesetzes in Rheinland-Pfalz verwiesen. Letzteres verpflichtet die Schulen dazu, Kinder und Jugendliche „zum gewaltfreien Zusammenleben“ zu erziehen.²¹ Im Vertragstext wird dem „Netzwerk Friedensbildung“ die „Einbeziehung in den schulischen Alltag (z.B. durch Gestaltung von Unterrichtsangeboten, Informations- und Diskussionsveranstaltungen) und in die Aus- und Weiterbildung von Referendarinnen und Referendaren sowie Lehrerinnen und Lehrern (z.B. durch Materialien und Fortbildungsveranstaltungen)“ zugesichert. Daneben wird die rot-grüne Regierung in Mainz die Kooperation auch finanziell beispielsweise durch die Über-



nahme der Reisekosten fördern.²² Im Nachbarland Hessen ist dagegen ein Abkommen mit der schwarz-gelben Landesregierung geschei-

„Auf absehbare Zeit ist die Friedensbewegung kaum in der Lage, den Jugendoffizieren etwas entgegenzusetzen“

tert. Das von der FDP geführte Kultusministerium habe „den Abschluss einer Kooperationsvereinbarung à la Rheinland-Pfalz leider abgelehnt“, bedauert der Vorsitzende der „Stiftung Friedensbewegung“, Peter Becker. Allerdings sei in der mit der Bundeswehr getroffenen Vereinbarung festgehalten, dass auch andere Organisationen – etwa Vertreter der Friedensbewegung – Zugang zu den Schulen haben sollen.

Innerhalb der Friedensbewegung ist eine vertraglich fixierte Zusammenarbeit mit den Kultusministerien in Sachen Friedensbildung jedoch umstritten. Einige Gruppen lehnen solche Vereinbarungen kategorisch ab. Im Vorfeld der Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz im Frühjahr 2011 sprachen sich zum Beispiel die Arbeitsgemeinschaft Frieden Trier e.V. und der Landesverband der DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigten KriegsdienstgegnerInnen) kategorisch gegen solche Verträge aus. Hauptkritik: Damit würden die Vereinbarungen mit der Bundeswehr nachträglich legitimiert und die antimilitaristische Kritik domestiziert; Vereinbarungen zwischen der Friedensbewegung und der Bundeswehr hätten zudem nur „Alibi-Charakter“, da die Bundeswehr im Vergleich zu den Friedensgruppen über die deutlich größeren personellen und finanziellen Ressourcen verfüge. „Von Ausgewogenheit oder Diskussionen auf Augenhöhe kann überhaupt keine Rede sein“, kritisierte Ende August Mar-

21 Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz und dem Netzwerk Friedensbildung Rheinland-Pfalz vom 15. August 2011, Seite 3

22 ebda., Seite 4

kus Pflüger von der AG Frieden Trier die Übereinkunft zwischen dem Mainzer Bildungsministerium und Friedensgruppen in einem Interview mit der Tageszeitung „junge Welt“. Die Jugendoffiziere seien „rhetorisch und didaktisch für ihre Einsätze von der Armee geschult“, die meisten Friedensaktivisten würden dagegen ehrenamtlich arbeiten. „Auf absehbare Zeit ist die Friedensbewegung kaum in der Lage, den Jugendoffizieren etwas entgegenzusetzen“, fürchtet Pflüger. Für die Friedensarbeit an Schulen bedürfe es keiner „offiziellen Bestätigung des Ministeriums“. Der beste Zugang sei immer noch der „persönliche Kontakt zu Schülern, Eltern und Lehrern“.²³

aus der Schule‘ zu opfern. Eine Kooperationsvereinbarung bewirke für die Friedensbewegung eine „systematische Verstärkung ihrer Legitimationsbasis.“²⁴

1.3 Arbeitslos und aus dem Osten: Last Exit Bundeswehr

Folgender Witz hat nicht nur eine Pointe, er beschreibt auch eine tragische Wirklichkeit: Am Ende des neunten Schuljahres sagt die Lehrerin zu ihren Schülern: „Herzlichen Glückwunsch, ihr werdet alle versetzt, Kevin und Justin zur Bundeswehr, der Rest in die zehnte Klasse“.

„Der Bundeswehr kommt kein Monopol in Friedensfragen zu und Militärvertreter können keine Deutungshoheit in Sachen Friedens- und Sicherheitspolitik beanspruchen.“

Dem halten die vorwiegend kirchlich organisierten Befürworter entgegen, dass man das Feld nicht der Bundeswehr überlassen dürfe. Durch Kooperationsverträge zwischen Organisationen der Friedensarbeit und dem Bildungsministerium werde die Rolle der Bundeswehr nicht stabilisiert, sondern relativiert. Es werde „offiziell verdeutlicht, dass der Bundeswehr kein Monopol in Friedensfragen zukommt und dass Militärvertreter keine Deutungshoheit in Sachen Friedens- und Sicherheitspolitik beanspruchen können. Es wäre eine „vertane Chance, das offiziell akzeptierte Anliegen, ‚Friedensdienste rein in die Schule‘ der vorrangigen Beschränkung auf den Ansatz ‚Bundeswehr raus

Schaut man sich die Mannschaftsdienstgrade bei der Bundeswehr an, fällt in der Tat auf, dass die jungen Männer aus dem Osten mit schlechten bis allenfalls mittelpfächtigen Schulabschlüssen, dominieren. Offiziell mag die Bundeswehr jedoch nicht von einem Ost-West-Gefälle sprechen. Im Jahresbericht der Jugendoffiziere für das Jahr 2009 heißt es lediglich, die Armee sei als Arbeitgeber „für Schulabgänger der Haupt-, Real- und Mittelschulen weiterhin besonders attraktiv“.²⁵ Doch vor allem für jene Zeitsoldaten, die an den Auslandseinsätzen der Bundeswehr beteiligt sind, gilt: Bei den unteren Dienstgraden stellen junge Männer aus dem Osten der Republik einen Anteil von 62,5 Pro-

²³ „Friedensgruppen sind die Falle getappt“, junge Welt, 22. August 2011

²⁴ Friedhelm Schneider, Arbeitsstelle Frieden und Umwelt der Evangelischen Kirche der Pfalz, in „Kooperationsvereinbarung Bildungsministerium-Friedensdienste – Irrweg oder Chance?“, 8. Oktober 2010

²⁵ Jahresbericht der Jugendoffiziere 2009, Seite 4, veröffentlicht im Mai 2010

zent, rechnet man die höheren Dienstgrade mit ein, sind junge Ostdeutsche an den Auslandstruppen mit 49,2 Prozent vertreten – bei einem Bevölkerungsanteil der Ostdeutschen in der Bundesrepublik von lediglich 20 Prozent.²⁶

Der Osten Deutschlands ist für die Bundeswehr zum bevorzugten Rekrutierungsgebiet geworden. [...] Die Verpflichtung beim „Bund“ ist für viele eine Art letzter Strohalm.

Der Osten Deutschlands ist für die Bundeswehr zum bevorzugten Rekrutierungsgebiet geworden. Will man den Grund dafür finden, muss man einen Blick in die Arbeitslosenstatistik werfen. Im Juni 2011 waren in den fünf ostdeutschen Bundesländern 10,2 Prozent aller 20 bis 25-Jährigen offiziell arbeitslos gemeldet. Zum Vergleich: Im Westen betrug die Arbeitslosigkeit im Juni 2011 in der gleichen Altersgruppe lediglich 5,4 Prozent, in den wirtschaftlich starken Bundesländern wie Bayern gar nur 2,9 Prozent.²⁷ Die Verpflichtung beim „Bund“ ist für viele daher eine Art letzter Strohalm. Und der Arbeitgeber Bundeswehr bietet einiges: eine Berufsausbildung, den LKW-Führerschein und zumindest für einige Jahre einen sicheren Job. Dafür sind die jungen Männer bereit, weite Wege in Kauf zu nehmen, denn die meisten Standorte der Bundeswehr liegen im Westen und Süden der Republik.

Für den Arbeitgeber Bundeswehr wird es dennoch immer schwieriger, selbst im Osten genügend qualifizierte Bewerber für den Job als Zeitsoldat zu finden. Grund dafür sind die aufgrund der demografischen Entwicklung sinkenden Schulabgängerzahlen. Bereits 2008 klagte die Bundeswehrführung über Personalmangel vor allem in den technischen Berufen und kündigte an, die Bemühungen um die Nachwuchsrekrutierung zu verstärken.²⁸

Die Aussetzung der Wehrpflicht Mitte des Jahres hat dieses Problem noch einmal verschärft. Früher rekrutierte die Bundeswehr rund 40 Prozent ihrer Zeitsoldaten aus Wehrpflichtigen, die sich während ihrer Grundwehrdienstzeit entschlossen, den Soldatenjob zum Beruf auf Zeit zu machen. Mit dem Ende der Wehrpflicht entfällt für die Bundeswehrführung dieses sichere Soldatenpotenzial. Man müsse jetzt bei der Nachwuchsrekrutierung mit der Wirtschaft konkurrieren, klagten die Werber der Bundeswehr schon im Juni dieses Jahres, kurz vor Wegfall der Wehrpflicht.²⁹

Die Führung der Bundeswehr hat mittlerweile das Problem erkannt und reagiert: Generalleutnant Wolfgang Born, im Bundesverteidigungsministerium für die Reform des Personalwesens zuständig, kündigte Mitte August 2011 den Aufbau eines zentralen Personalamtes an, das für die Anwerbung von Berufssoldaten sowie von Zivilangestellten zuständig sein soll.³⁰ Die Bundeswehr müsse „auf den demografischen Wandel und massiven Fachkräftemangel“ reagieren, teilte Born in einem Interview mit der

26 „Aus Not zur Bundeswehr“, Süddeutsche Zeitung, 21. Juli 2009, Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des grünen Bundestagsabgeordneten Peter Hettlich vom 13. Juli 2009

27 <http://statistik.arbeitsagentur.de>

28 „Operation Zukunft“, Berliner Zeitung, 14. November 2008

29 „Sie sind jung und brauchen das Geld“, Die Zeit, 1. Juni 2011

30 „Binnenarbeitsmarkt Armee“, www.heise.de/tp/artikel/35/35343/1.html



Bundeswehr-Website im Internet mit. Gefordert sei „eine optimale Ausschöpfung des Potentials an jungen Frauen und Männern.“³¹

1.4 „Kindersoldaten“ beim „Bund“

Zwischen 2001 und 2010 warb die Bundeswehr 4.804 männliche Minderjährige als Freiwillige, die zu Beginn ihres Grundwehrdienstes erst 17 Jahre alt waren. Zusätzlich begannen im Zeitraum von 2009 bis 2011 insgesamt 1305 weibliche und männliche unter 18-Jährige freiwillig ihren Dienst als Soldatinnen und Soldaten auf Zeit (SaZ); allein in den Jahren 2009 und 2010 hat die Bundeswehr 517 bzw. 452 Minderjährige als SaZ eingestellt, in den ersten fünf Monaten des Jahres 2011 lag die Zahl bei 336. Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung vom 27. Juni 2011 auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen hervor.³²

Die Fragesteller werten dies als Verstoß gegen das Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention von 2002. Darin haben sich die unterzeichnenden Mitgliedsstaaten der Vereinten Nation verpflichtet, auf die zwangsweise Einberufung von unter 18-Jährigen zum Militärdienst zu verzichten. Allerdings gibt es in die-

sem sogenannten Fakultativprotokoll eine Ausnahmeregelung, die staatlichen Streitkräften die Rekrutierung von über 16-jährigen Freiwilligen erlaubt. Diese Regelung wurde auf Initiative der USA, Großbritanniens, Deutschlands

Neben Deutschland werben weltweit lediglich 25 Länder unter 18-Jährige für den Armeedienst. Bei Auftritten in Schulen oder Ausbildungsmessen werden oftmals schon 14-Jährige angesprochen.

und einer Reihe anderer Länder auf Druck ihrer Militärs und gegen den Widerstand der jeweiligen nationalen Kinder- und Menschenrechtsgruppen durchgesetzt. Neben Deutschland werben weltweit lediglich 25 Länder unter 18-Jährige für den Armeedienst. Bei Auftritten in Schulen oder Ausbildungsmessen werden oftmals schon 14-Jährige angesprochen. Trotz anhaltender Kritik von Kinderrechtsorganisationen wie „terre des hommes“ ist die Bundesregierung bislang nicht bereit, an dieser Praxis etwas zu ändern.³³

31 www.bmvg.de/portal/a/bmvg

32 Deutscher Bundestag, Drucksache 17/6311

33 „Kinder im Visier – Gefährliche Werbung“, die zeitung (Magazin von „terre des hommes“ in Kooperation mit der GEW), 2/2011, Seite 2

Die UN-Kinderrechtskonvention

Das **Übereinkommen über die Rechte des Kindes**, kurz UN-Kinderrechtskonvention (englisch: Convention on the Rights of the Child, CRC), wurde am 20. November 1989 von der UN-Generalversammlung angenommen und trat am 2. September 1990, dreißig Tage nach der 20. Ratifizierung durch ein Mitgliedsland, in Kraft. Beim Weltkindergipfel vom 29. bis 30. September 1990 in New York verpflichteten sich die Regierungsvertreter aus der ganzen Welt zur Anerkennung der Konvention. Der Kinderrechtskonvention sind mehr Staaten beigetreten als allen anderen UN-Konventionen, nämlich alle mit Ausnahme der USA und Somalia.³⁴

Artikel 38 Absatz 3 der UN-Kinderrechtskonvention legt fest, dass Minderjährige nicht zu den nationalen Streitkräften einbezogen werden dürfen. In der Übereinkunft von 1989 war diese Grenze auf Jugendliche bezogen, die das 15. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Im Zusatzprotokoll über Kinder in bewaffneten Konflikten, das am 25. Mai 2000 beschlossen wurde und 2002 in Kraft trat, wurde die Altersgrenze für die Rekrutierung von Freiwilligen auf 18 Jahre angehoben. Allerdings gibt es ein Schlupfloch. Artikel 3 Absatz 3 erlaubt Ausnahmen, wenn gewährleistet ist, dass die Einberufung freiwillig erfolgt, der Betroffene über den Militärdienst „umfassend aufgeklärt wird“ und die Eltern bzw. der gesetzliche Vormund der Einberufung zustimmen.³⁵

Die Bundeswehr selbst sieht in der Rekrutierung von Minderjährigen keinen Verstoß gegen das Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention. „Die Bundesrepublik Deutschland stellt sicher, dass bei der Einziehung von Freiwilligen unter 18 Jahren zu ihren nationalen Streitkräften diese tatsächlich freiwillig erfolgt und sie mit der in Kenntnis der Sachlage abgegebenen Zustimmung der Eltern oder des Vormunds der Person erfolgt“, heißt es in der Ant-

wort der Bundesregierung auf die parlamentarische Anfrage der Grünen. Gegenüber den Vereinten Nationen sei erklärt worden, dass Deutschland „für den Beginn des freiwilligen Dienstes als Soldatin oder Soldat in ihren Streitkräften ein Mindestalter von 17 Jahren als verbindlich“ ansehe.“ Es sei zudem sichergestellt, dass die Jugendlichen „außerhalb der militärischen Ausbildung keine Funktionen ausüben, in denen sie zum Einsatz der Waffe gezwungen sein könnten“. So würden die Minderjährigen nicht an Auslandseinsätzen teilnehmen.

Nach dem Ende der Wehrpflicht sehen das zumindest die Rekrutenwerber vor Ort nicht ganz so eng. „Solange es die Wehrpflicht gab, haben wir unsere Aktionen als Information für junge Menschen über den Dienst verstanden, den sie für die Gesellschaft zu leisten hatten. Jetzt sehen wir uns als Arbeitgeber wie jeder andere auch“, rechtfertigte der für Personalwerbung verantwortliche Offizier beim Personalamt der Bundeswehr in Köln die Auftritte in Schulen und bei Ausbildungsmessen. Zielgruppe seien die 17- bis 25-Jährigen.³⁶

Es sei „eine Frage der Glaubwürdigkeit, dass die Bundesrepublik Deutschland auch in ihrer eigenen Armee konsequent ist und die Rechte Minderjähriger in jeder Hinsicht achtet und schützt“, kritisiert dagegen die bündnisgrüne Bundestagsfraktion. Hierzu gehöre, „dass die Rekrutierung von Minderjährigen für die Bundeswehr ausgeschlossen sein sollte“. Die Bundeswehr sei keine Organisation wie jede andere, schreibt die grüne Bundestagsabgeordnete Katja Dörner in einer Pressemitteilung. Auch unter verschärften Wettbewerbsbedingungen

34 Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Kinderrechtskonvention>

35 www.un.org/Depts/german/uebereinkommen/ar54263.pdf

36 „Terre des Hommes“ kritisiert Bundeswehr-Werbung“, Bild, 12. April 2011



könne sie nicht die gleichen Marketingstrategien anwenden wie ein ziviles Unternehmen. „Der Bundesregierung fehlt es an Sensibilität

für die Problematik von Werbung der Bundeswehr, die sich an Minderjährige wendet“, stellt die Parlamentarierin fest.³⁷

Klein-Mitrovica, Kreis Zwickau: Schießübungen für Schüler

Bad Reichenhall, Ende Mai 2011: Beim Tag der Offenen Tür an der Bundeswehrkaserne bietet die Gebirgsjägerbrigade 23 für Kinder und Jugendliche ein „tolles Programm“. Ein langer Tisch voller Waffen lädt dazu ein, die bereitliegenden Pistolen und Maschinengewehre einmal in die Hand zu nehmen. Und es gibt eine ganz besondere Attraktion: Über das Zielfernrohr können die Kleinen auf eine nachgebaute Stadt im Miniaturformat schießen. Auf dem Mini-Ortsschild haben die aus dem sächsischen Kreis Zwickau stammenden Soldaten geschrieben: Klein-Mitrovica, Kreis Zwickau. Der Ortsname erinnert an die Gemeinde Mitrovica im Kosovo. Dort verübten zur Zeit des Nationalsozialismus deutsche Soldaten Gräueltaten. Weil ein Besucher der Veranstaltung das Ganze filmt und hernach ins Internet stellt, wird der Fall bekannt.

Solche Vorfälle möchte die Bundeswehrführung gerne vermeiden. Ein Bundeswehrsprecher gibt zu: „Den Namen der Ortschaft so zu wählen, ist sicherlich geschmacklos.“³⁸ Auch dem Chef-Nachwuchswerber der Bundeswehr, Klaus-Heinrich Ehlers, sind solche Skandale peinlich. Übungen mit Schülern an Waffen seien den Jugendoffizieren ausdrücklich untersagt, betont Ehlers. „Die Schüler dürfen Waffen nicht einmal in die Hand nehmen“, sagt der Oberstleutnant. Dass dennoch „in einzelnen Fällen“ gegen diese Vorschrift verstoßen wurde, „sei bedauerlich und nicht zu entschuldigen“.

In den vergangenen Jahren gab es immer wieder solche „Einzelfälle“. Dies geht aus einer Auflistung der militärkritischen Initiative „Rabatz“ hervor. So hatten laut „Rabatz“ bereits am 11. Juli 2009 >

37 <http://katja-doerner.de/2011/07/12>

38 „Bundeswehr-Kaserne lässt Kinder Krieg spielen“, Welt, 5. Juni 2011

bei einem Tag der Offenen Tür in der Brannenburger Kaserne nahe Rosenheim Kinder Zugang zu realistisch anmutenden Waffen.³⁹

Bundesweit in die Schlagzeilen geriet im Herbst 2009 ein Fall im schleswig-holsteinischen Eutin. Bei einem Rundgang mit einer Schülergruppe durch die Rettberg-Kaserne wurde den Jugendlichen auch der Schießsimulator gezeigt. Ein Oberstabsfeldwebel soll nach Angaben der Schüler regelrecht ins Schwärmen geraten sein. „Er prahlte, dass das Schießkino tausendmal besser sei als jedes Spiel auf der Konsole zu Hause“, zitierten die „Lübecker Nachrichten“ einen der Jugendlichen.⁴⁰

Wenige Monate später ereignete sich ein ähnlicher Vorfall am Bundeswehrstandort Todendorf, ebenfalls Schleswig-Holstein. An der dortigen Heeresflugabwehrschule wollten sich 50 Schülerinnen und Schüler des Berufsbildungszentrums Plön über „marktgängige Berufe bei der Bundeswehr“ wie Mechaniker oder Bürokaufleute informieren. Doch auf dem Programm stand wider Erwarten auch eine Übungseinheit am Schießsimulator. Zusätzlich durften die Schülerinnen und Schüler auch mit Handfeuerwaffen Zielübungen machen; entgegen den Vorschriften der Bundeswehr waren auch Minderjährige unter den Teilnehmern.⁴¹

1.5 „Troops on the ground“ und „humanitäre Hilfe“ – Werbung à la Bundeswehr

Bundeswehr im Krieg? Nein, die „Truppe“ ist „im Kriseneinsatz“, leistet „humanitäre Hilfe“, und das weltweit. Die „Truppe“, das sind „bestausgebildete Spezialisten“, aber „ohne Soldaten vor Ort, ohne Troops on the ground“ ist kein militärischer Einsatz denkbar. Und dieser besteht zum Beispiel darin, Waffenschmuggler dingfest zu machen. Die „Troops on the ground“ sollen den „überraschenden Zugriff“ absichern. Die Frauen und Männer des Heeres nutzen dabei „modernste Technik“, sie sind „die Spezialisten für Landoperationen und stellen sich den Herausforderungen der Gegenwart.“ Die bösen Buben werden in ihrem Unterschlupf überrascht, festgenommen und abgeführt. Ein erfolgreicher Einsatz. Schluss.⁴²

Klar doch – das Militär, so teilt uns der Werbefilm mit, hat mit Krieg nichts zu tun. Tote gibt es nicht, es fließt kein Blut, der mit poppiger

Musik unterlegte Videoclip verspricht Abenteuer, Spannung und Kameradschaft. Zu sehen bekommt man den Film nicht im Fernsehen, wohl aber haben ihn angehende Wehrdienstleistende in den Kreiswehrrersatzämtern beim Warten auf die Musterung gezeigt bekommen. Die Botschaft ist überdeutlich: Der Dienst beim Heer ist Berufung – und kann ein Beruf sein!

Nachwuchswerbung wird bei der Bundeswehr auch außerhalb von Kasernen und Kreiswehrrersatzämtern groß geschrieben. Wie groß konnte man Mitte des Jahres in vielen Berliner Bussen, Straßenbahnen, S- und U-Bahnen sehen. Frohgemute junge Männer und Frauen in Uniformen warben für eine Karriere beim Militär. Dort könne man „Zukunft gestalten“. „Welche Zukunft ist hier gemeint?“, fragten daraufhin das Berliner Bündnis „Schule ohne Militär“ und die Aktion „Freiheit statt Angst“ in einem Offenen Brief an die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) und die S-Bahn Berlin GmbH. „Handelt es sich um die statistisch gesehen verkürzte Zu-

39 <http://rabatz-buendnis.info/2011/06/kinder-an-waffen-kein-einzelfall-bei-der-gebirgstruppe>

40 „Kinder im Schießkino“, Lübecker Nachrichten, 19. Oktober 2009

41 „Kameraden im Klassenzimmer“, Süddeutsche Zeitung, 26. März 2010

42 Werbefilm der Bundeswehr (Heer), Quelle: www.youtube.com/watch?v=GRVo_m0yu3A

Geworben wird an allen Fronten, und das Bundesverteidigungsministerium lässt sich die Propaganda-Aktionen einiges kosten.

kunft des Bewerbers, der bei der Bundeswehr die Möglichkeit erhält früher zu sterben oder verstümmelt zu werden? Oder ist es die Zukunft der Bewohner ferner Länder, die wir, wie in Kunduz⁴³, durch Bombardierungen verkürzen?⁴⁴ Der Forderung nach einem Stopp der Werbeaktion für die Bundeswehr kamen die beiden Berliner Nahverkehrsbetriebe nicht nach. Ähnliche Werbeaktionen gab es im Frühjahr 2011 im Bereich des Öffentlichen Nahverkehrs in Braunschweig, Leipzig, Chemnitz, Dresden, Halle an der Saale, Erfurt und Jena. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke (Linkspartei) hervor.⁴⁵



Geworben wird an allen Fronten, und das Bundesverteidigungsministerium lässt sich die Propaganda-Aktionen einiges kosten. Anfang des Jahres beauftragte das Ministerium die Werbeagentur „ZenithMedia“ mit der Konzeption einer groß angelegten Kampagne in den Medien, die bis Ende 2011 dauern soll. Mit Zeitungsanzeigen, TV- und Kinospots wird für eine Mannschaftslaufbahn beim Heer, der Marine und der Luftwaffe geworben. Der Etat dafür wurde dafür eigens im Vergleich zu 2009 um annähernd 50 Prozent von 3,9 auf 5,7 Millionen Euro aufgestockt.⁴⁶

Auffallend gut bedacht wurden dabei die Zeitungen des Axel-Springer Konzerns, allen voran die „Bild“-Zeitung; mit rund 600.000 Euro erhalten „Bild“, „Bild am Sonntag“ und „Bild-Online“ den größten Einzelposten. In einer Erklärung rechtfertigte sich das Bundesverteidigungsministerium damit, man folge den Empfehlungen der Agentur „ZenithMedia“, die „diese Werbeträger unter anderem aufgrund der Reichweite und der Zielgruppenanalyse vorgeschlagen hat“.⁴⁷

43 Nahe der afghanischen Stadt Kunduz starben am 4. September 2009 bei einem von der Bundeswehr angeforderten Angriff zweier us-amerikanischer Flugzeuge nach NATO-Angaben 142 Menschen, der Großteil davon waren Zivilisten, darunter viele Kinder.

44 www.aktion-freiheitstattangst.org/presse/pressemitteilungen

45 Deutscher Bundestag, 20. April 2011, Drucksache 17/5637

46 ebda.

47 „taz“-David streitet gegen ‚Bild‘-Goliath“, Die Zeit, 4. März 2011

2. Lernziel: Sicherheitspolitik à la Bundeswehr

2.1 Schüler regieren die Welt

Der „Staatsminister“ von Europa kündigt an, Programme für soziale Gleichheit zu finanzieren, einen gleichen Lebensstandard für alle Bürger anzustreben. Die Sprachunterschiede sollen aufgehoben, die Sprache der Europäer europäisch sein, das Piratenunwesen vor der somalischen Küste will Europa durch ein Verbot der Großfischerei in der Region bekämpfen, damit die somalischen Fischer nicht mehr als Kaperer ihr Brot rauben müssen. Arabien verspricht Öl für alle bereitzustellen, China will mehr Klimaschutz und mehr Marktwirtschaft, Nordamerika wird künftig in den Umweltschutz investieren und seinen ABC-Waffenbestand reduzieren. Afrika will seine Bürger schon in naher Zukunft im Wohlstand leben lassen und sichert die Pressefreiheit zu. Indien will vor allem friedliche Beziehungen zu den Nachbarn, Südamerika verschreibt sich dem Umweltschutz und setzt sich gegen Drogenanbau ein. Japan wird alle AKW abschalten und auf Windkraft als Stromquelle setzen. Eine Pflicht für Reiche, auf ihren Häusern Solardächer zu installieren, soll die asiatische Insel zum Öko-Paradies machen. Die Vertreterin der Nichtregierungs-Organisationen (NGO) bittet um Spenden, damit man sich noch mehr für Kinder- und Frauenrechte engagieren könne. Die Weltpresse jubelt: „Russland hat mit der Abrüstung begonnen und Pressefreiheit gibt es jetzt weltweit“.

Würden die 30 Schülerinnen und Schüler der Berliner Clay-Oberschule die Welt regieren, gäbe es globale Abrüstung, keinen Hunger mehr, eine saubere Umwelt, überall Demokratie, den Weltfrieden und die Bundeswehr wäre überflüssig. Aber das ist nicht die Wirklichkeit,

denn die 16- bis 18-Jährigen spielen nur. POL&IS (Politik & Internationale Sicherheit) heißt die interaktive Simulation, an der die Jugendlichen eine ganze Woche lang in einem Tagungszentrum am Seddiner See, 15 Kilometer südlich von Potsdam, teilnehmen. POL&IS wird von den Jugendoffizieren der Bundeswehr organisiert und ist in den vergangenen Jahren zu einer Erfolgsgeschichte für das Bundesverteidigungsministerium geworden. 2008 gab es mehr als 360 solcher Planspiele, an denen rund 17.500 Schüler mit ihren Lehrern sowie Studenten und Referendare teilnahmen.⁴⁸ 2009 waren es schließlich 365 POL&IS-Seminare.⁴⁹ 2010 stieg das Interesse der Schulen und Universitäten an den sicherheitspolitischen Seminaren noch einmal deutlich an. Auf 492 solcher Veranstaltungen spielten über 24.000 Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler dieses Spiel. Da die Kapazitätsgrenzen erreicht worden seien, habe man jedoch die Nachfrage nicht decken können, heißt es im aktuellen Jahresbericht der Jugendoffiziere.⁵⁰

Die Jugendoffiziere schreiben zwei Mal im Jahr an die Schulen in ihrem Zuständigkeitsgebiet und schlagen das Strategie-Spiel für den Unterricht vor. Ob dieses Angebot angenommen wird, liegt in der Verantwortung der Schulen. Darauf weist die Bundeswehr ausdrücklich hin. „Die Initiative muss von den Schulen kommen“, betont Oberstleutnant Hans-Christian Köhnke vom Bundeswehrstandort Berlin. In ihrer Selbstdarstellung betonen die Jugendoffiziere gleichfalls, dass sie den Unterricht lediglich ergänzen und begleiten. „Die Verantwortung für den Unterricht und die Lernziele trägt der Lehrer.“⁵¹ Auch die Entscheidung über die

48 Jahresbericht der Jugendoffiziere 2008, Seite 4

49 Jahresbericht der Jugendoffiziere 2009, Seite 4. Damit, so heißt es in dem Bericht, „sind die Kapazitäten der POL&IS-Seminare voll ausgeschöpft“.

50 Jahresbericht der Jugendoffiziere 2010, Seite 4

51 Jahresbericht der Jugendoffiziere 2009, Anlage 1



POL&IS: Weltpolitik auf dem Spielbrett und am Konferenztisch

POL&IS wurde ursprünglich von dem Politikwissenschaftler Wolfgang Leidhold von der Universität Erlangen entwickelt, um Weltpolitik zu veranschaulichen. 1989 kaufte die Bundeswehr das Spiel und baute es nach und nach zu einer sicherheitspolitischen Simulation für Schulen aus.

Gespielt wird in mehreren POL&IS-Runden, wobei jede „Runde“ etwa einem Jahr entspricht. Jede Region wird durch ein eigenes Spielbrett dargestellt; die Spieler verfügen über Müllgüter, Rohstoffgüter, Energiegüter, Agrargüter, Industriegüter und den POL&IS-Dollar für den Handel. Militärische Einheiten gibt es an diesen Spielbrettern nicht. Am zentralen Spieltisch aber, an dem sich die Regionen zur jährlichen UN-Konferenz treffen, sind die militärischen Optionen präsent: Die einzelnen Regionen können Luft-, Land- und Seestreitkräfte einsetzen, verfügen über einen Polizeiapparat und

ABC-Waffen; auf der anderen Seite können sie Entwicklungshilfe leisten und ihre Diplomaten Konflikte friedlich lösen lassen.

Die Jugendoffiziere geben das „Ausgangssetting“ vor. Die Spieler erhalten Informationen über ihre Regionen (Wirtschaftslage, politisches System) sowie die wichtigsten internationalen Verträge (z.B. Kyoto-Protokoll, Atomwaffensperrvertrag). Die Schüler bearbeiten dieses „Ausgangssetting“ selbstständig. Sie müssen aber quasi die Realität (internationale Verträge, politische Konstellationen) als Voraussetzung übernehmen. Der Jugendoffizier sei zwar der Spielleiter, steuere den Spielablauf aber nicht direkt, sondern indirekt, indem er den Schülerinnen und Schülern Rückmeldung darüber gebe, welche Konsequenzen die von ihnen getroffenen Entscheidungen haben können, betont die Bundeswehr. >

Teilnahme der Schüler bzw. eine eventuelle Freistellung obliege der Schule. Grundsätzlich gelte, so Köhnke: POL&IS ist eine schulische Unterrichtseinheit, es besteht also die Pflicht zur Teilnahme.⁵²

Seit seiner Einführung vor mehr als 20 Jahren haben die sicherheitspolitischen Optionen in

diesem Strategiespiel zugenommen. „Die nachlassende Ordnungskraft von den Staaten führt zur Zunahme von Kriegen und Konflikten – weltweit dauerhaft instabile Regionen drohen. Die Reaktion auf diese Bedrohung bedarf eines neuen Mixes von robusten Fähigkeiten“, informieren die Jugendoffiziere der Bundeswehr auf ihrer Internetseite.⁵³

52 Das ist allerdings umstritten. Die Kinderrechtsorganisation „terre des hommes“ etwa verneint eine Teilnahmepflicht und empfiehlt Eltern, die ihre Kinder nicht von einem Bundeswehroffizier unterrichtet wissen wollen, einen Befreiungsantrag zu stellen; Näheres siehe unter Punkt 4.1.

53 www.polis.jugendoffiziere.eu

Die Spieler vertreten folgende Regionen und Institutionen: China, Russland, Arabien, Japan, Europa, Nordamerika, Südamerika, Afrika, Indien, Brasilien, dazu Weltbank, Weltpresse, NGO. Pro Region bzw. Organisation arbeiten mindestens drei Schüler zusammen; es gibt einen „Wirtschaftsminister“, der für die Wirtschaft einer Region zuständig ist; einen „Regierungsspieler“ – zuständig für Innenpolitik –; einen „Staatsminister“ – zuständig für Außenpolitik – und (bei ausreichender Teilnehmerzahl) einen „Oppositionsführer“.

Jedes POL&IS-Jahr gliedert sich in folgende Phasen:

- 1. Phase: Beratung
- 2. Phase: Produktion/Kartenarbeit
- 3. Phase: Kurzberatung I
- 4. Phase: Handel/Verhandlungen
- 5. Phase: Kurzberatung II
- 6. Phase: UN-Vollversammlung
- 7. Phase: Konferenzen
- 8. Phase: Ereignisse/Konflikte

Nach jedem „Jahr“ verkündet der Spielleiter, also der Jugendoffizier, die Auswirkungen der von den Spielern entworfenen Programme und führt neue Ereignisse in das Spiel ein, auf die die „Regierungen“ in der Folgeperiode reagieren müssen.

Von „robusten Fähigkeiten“, getöteten Soldaten oder gar zivilen Opfern militärischer Auseinandersetzungen ist an diesem Tag am Seddiner See nicht die Rede. Vom Weltfrieden allerdings ebenfalls nicht. Der „UN-Generalsekretär“ holt die Schülerinnen und Schüler, respektive die „Staatsminister“, die gerade eben noch so euphorisch Gutes für ihre Bürger verkündet hatten, wieder in die Realität zurück. Der oberste Diplomat der Weltgemeinschaft trägt Bart und Jeans und ist im wirklichen Leben der Lehrer der Jugendlichen. Er erinnert daran, dass einige der Beschlüsse der Regionen gegen bestehende Verträge verstießen. Wenn sich die be-

treffenden Regionen dies ignorierten, müssten sie sich bewusst sein, welche Folgen der Bruch dieser Verträge bedeuten könne.

Der Aufschlag auf den Boden der POL&IS-Realität wird besonders hart, als der Vertreter der Weltbank in Person von Hauptmann Christian Schneider die Folgen des Handelns der Spieler verdeutlicht. Nahrungsmittelprogramme und Maßnahmen zum Ausbau der heimischen Wirtschaft, von der NGO-Vertreterin als positiv bewertet, sieht er eher kritisch. Manche Regionen hätten durch diese Beschlüsse jetzt eine negative Energiebilanz, manche hätten ihre Güter gehortet, statt sie mit anderen zu tauschen. Die Folge, so Schneider, sei, dass in der nächsten Spielrunde der Bestand an bestimmten Gütern abgewertet werden müsse („Nahrungsmittel verderben, wenn sie nicht in den Handel gelangen“). „Sie müssen über den Tellerrand blicken“, fordert Schneider die „Staatsminister“ auf. Güter seien genug da, sie seien nur ungleich verteilt. Würden einzelne Regionen ihre Strategie nicht ändern, drohten ernste politische Konflikte. Und Bastiana Bölter, die eben noch als NGO-Vertreterin freudig die ökologischen Investitionen der Weltregionen gelobt hat, muss sich vom Weltbank-Chef sagen lassen, dass sich mehr Ökologie negativ auf die Investitionstätigkeit der Wirtschaft auswirke.

Das Vorgehen der Offiziere ist kein Willkürliches. Das Lernziel des Spiels sei es, so Schneiders Kollege Pierre Lukas, die Schüler mit der geopolitischen Wirklichkeit von heute vertraut zu machen. Dürrekatastrophen, der Streit um Rohstoffe, diplomatische Krisen oder Bürgerkriege würden dabei für die notwendige „Realitätsnähe“ sorgen, erklärt der Kapitänleutnant.⁵⁴

⁵⁴ „Bundeswehr an Schulen: Auf dem Vormarsch“, E&W, September 2010, Seite 39

Bei den Jugendlichen kommt diese Didaktik an. Eine Gruppe der Jugenddorf-Christophorus-Schule im nordhessischen Oberurff nahm 2007 an dem Strategiespiel teil. Ihr Fazit: „Internationale Politik ist nicht so leicht zu machen, wie sie uns oft in den Medien erscheint (...) Ob Menschenrechtsprobleme in China, amerikanische Umweltpolitik oder die Not der Entwicklungsländer – alles kam zur Diskussion oder wurde in Programme der Regierungen aufgenommen. Auch Verträge, Handelsabkommen und Bündnisse mussten geschlossen werden.“ Dem Jugendoffizier, der das Spiel leitete, dankten die Oberschüler besonders. Er habe ihnen aufgezeigt, dass man die politischen Probleme der Welt ernst nehmen müsse.⁵⁵

Das alles klingt harmlos. Aus Kreisen der Friedensbewegung kommt dennoch der Vorwurf, die Bundeswehr verstecke in dem Strategiespiel geschickt ihre militärlastige Option zur Lösung internationaler Konflikte und betreibe unterschwellig Imagewerbung für die Bundeswehr. Oberstleutnant Hans-Christian Köhnke kontert diese Kritik mit einer pädagogischen Antwort. Jugendliche von heute reagierten sehr sensibel auf Indoktrinationsversuche. „Die merken rasch, wenn jemand nicht authentisch ist und sie beeinflussen will.“ Natürlich müssten die Jugendoffiziere sich während des Seminars kritischen Fragen der Schüler stellen. „Ich habe die Erfahrung gemacht, dass grundsätzlich eine kluge Frage mehr bewirkt als eine schlaue Antwort.“

Jugendoffiziere verstehen eben ihr Handwerk. Und wenn die Schüler für ihre jeweiligen Regionen zum Beispiel Steuererhöhungen zum Ab-

bau der Armut in der Bevölkerung beschließen, weist sie Weltbank-Chef Hauptmann Christian Schneider im Tagungshaus am Seddiner See freundlich, aber mit Nachdruck darauf hin, dass dies ausländische Investoren abschrecken könne. Wohl gemerkt: könne, denn welche Schlüsse die Schüler aus dem Einwand ziehen, bleibt ihnen selbst überlassen. Die Richtung, in die das Denken aber gehen soll, kritisiert Michael Schulze von Glaßer, habe jedoch der Bundeswehr-Offizier vorgegeben. Das Spiel werde zwar als realitätsnah angepriesen – und das sei es vor allem in militärischen Belangen auch –, der Handlungsspielraum der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sei allerdings grundsätzlich eingeschränkt; zu radikalen politischen Umwälzungen könne es nicht kommen und gerade militärpolitische Verträge, die auch in der Realität existierten, müssten von den Schülerinnen und Schülern prinzipiell beachtet werden, meint der Militärkritiker und Fachautor über Bundeswehrthemen. Der Einsatz des Militärs werde als „legitimes Mittel der Politik, zu dem es keine Alternative gibt“, dargestellt.⁵⁶

Den Schülern wird eine Politik vermittelt, „die den Einsatz des Militärs zur Sicherung von Rohstoffen als vollkommen legitim erachtet“.

Ähnlich argumentiert Markus Pflüger von der „Arbeitsgemeinschaft Frieden e.V.“ aus Trier. Die Bundeswehr werbe mit Veranstaltungen wie beispielsweise den POL&IS-Seminaren für eine militärische Option in der Sicherheits- und

⁵⁵ www.onlzoberuff.info/beruf-chance/polis-drei-tage-internationale-politik-selbst-gemacht

⁵⁶ Michael Schulze von Glaßer: „An der Heimatfront – Öffentlichkeitsarbeit und Nachwuchswerbung der Bundeswehr“, Verlag PapyRossa, Köln 2010, Seite 131 f.



2.2 Jugendoffiziere: Ausbildung, Aufgaben, Einsatzgebiet

Jugendoffiziere gibt es bei der Bundeswehr seit 1958. In den Anfangsjahren betrieben die Offiziere lediglich Wehrberatung an den Schulen, d.h. sie informierten über den Wehrdienst; zusätzlich traten sie im Rahmen der Berufsberatung an den Schulen auf bzw. luden Schulklassen zu Besuchen in Kasernen ein. Im Laufe der Zeit wandelte sich ihr Aufgabengebiet. Seit den 1970er Jahren treten sie offiziell als Referenten für die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland in Schulen, bei Vorträgen vor Jugendorganisationen der Parteien, Jugendverbänden und -vereinen sowie an Universitäten und politischen Bildungseinrichtungen auf. Gezielt wenden sie sich zudem an Multiplikatoren an den Schulen – so organisiert die Bundeswehr Fortbildungsseminare für Schülerzeitungsredakteure und Schülersprecher. In der Gruppe der Schülerinnen und Schüler halten sich die Teilnehmerzahlen jedoch in Grenzen. So wird im Jahresbericht der Jugendoffiziere für das Jahr 2010 die bescheidene Zahl von 214 Schülerzeitungsredakteuren genannt, die den Ausführungen der Jugendoffiziere bei insgesamt drei Vorträgen, einer Podiumsdiskussion sowie fünf Seminaren und eine ähnlich kleinen Zahl anderer Gelegenheiten lauschten. Beeindruckender sind die Zahlen für die Lehrkräfte: 14.777 Pädagogen nahmen 2010 an 852 Veranstaltungen der Jugendoffiziere teil.⁶⁰

Derzeit gibt es bundesweit 94 hauptamtliche und 300 nebenamtliche Jugendoffiziere bzw. Jugendunteroffiziere. Allein die Besoldungsausgaben für die hauptamtlichen Jugendoffi-

Friedenspolitik. Den Schülern werde eine Politik vermittelt, „die den Einsatz des Militärs zur Sicherung von Rohstoffen als vollkommen legitim erachtet“.⁵⁷

Dass die Welt keine friedliche ist und man militärische Lösungen mitdenken muss, darauf weist auch die Bundeswehr selbst hin. Nach jedem POL&IS-Jahr „können Konflikte, wie Putsch oder militärische Auseinandersetzungen auftreten“, verursacht etwa durch „Hunger, Kriminalität und Terrorismus“.⁵⁸ Und im „Handbuch der Jugendoffiziere“ wird unumwunden die militärische Stoßrichtung des Planspiels zugegeben. POL&IS solle zeigen, „warum falsches Handeln interne und externe Krisen auslösen kann“ und warum Sicherheitspolitik daher „unabdingbar“ sei; in der Vor- und Nachbereitung des Spiels solle der Jugendoffizier die Simulation thematisch beispielsweise mit den „Einsatzgebieten der Bundeswehr“ verknüpfen.⁵⁹

⁵⁷ „Bundeswehr an Schulen: Auf dem Vormarsch“, E&W, September 2010, Seite 39

⁵⁸ www.polis.jugendoffizier.eu/grundlagen/der-ablauf/

⁵⁹ Handbuch: Der Jugendoffizier, November 2009, zitiert nach: Michael Schulze von Glaßer: „An der Heimatfront“, Seite 131f.

⁶⁰ Jahresbericht der Jugendoffiziere 2010, Anlage 2a

ziere summieren sich jährlich etwa vier Millionen Euro.⁶¹ Voraussetzung für die hauptamtliche Tätigkeit ist ein Hochschulabschluss an einer Bundeswehr-Universität. Die Kandidaten melden sich freiwillig und verpflichten sich meist auf drei Jahre für diese Tätigkeit. Im Schnitt sind die Offiziere 25- bis 30 Jahre alt, seit 2009 sind auch Frauen in der Pädagogen-Truppe der Bundeswehr. Etwa ein Drittel der Jugendoffiziere verfügt über Erfahrungen aus Auslandseinsätzen. Die Ausbildung der Offiziere (Dienstgrad: Hauptmann oder Kapitänleutnant, nebenamtliche Jugendoffiziere sind meist Leutnant oder Oberleutnant, Jugendunteroffiziere in der Regel jüngere Feldwebel-dienstgrade) erfolgt an der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation (AIK) in Strausberg bei Berlin. Hauptamtliche Jugendoffiziere werden in einem dreiwöchigen Grund- sowie in einem ebenso langen Aufbau-lehrgang mit den Schwerpunkten Unterrichts-didaktik, Kommunikationstechniken und Sicherheitspolitik auf ihre Tätigkeit vorbereitet.⁶² Bestandteil der Ausbildung können auch Praktika bei Bundestagsabgeordneten sein oder ein Abschluss-Seminar in den USA mit Besuchen im Pentagon, an der US-Militärakademie West Point und den Vereinten Nationen in Washington.

Jahrelang war das Interesse der Öffentlichkeit, mit Bundeswehroffizieren zu diskutieren, eher gering. „Podiumsdiskussionen mit Jugendoffizieren blieben auch weiterhin ein wenig angefragtes und genutztes Mittel der Information“, heißt es in dem Bericht von 2009; Jugendoffi-

ziere wurden lediglich zu 50 Veranstaltungen eingeladen.⁶³ 2010 hat sich das geändert: Die uniformierten Öffentlichkeitsarbeiter sind zu 100 solchen Veranstaltungen – zumeist zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr – eingeladen worden und konnten so vor mehr als 5200 Zuhörern ihre Position zu Krieg und Frieden darstellen.⁶⁴

Haupteinsatzgebiet der Jugendoffiziere ist und bleibt aber die Schule. Ihr Auftrag: Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland vermitteln und Imagepflege für die Truppe betreiben. 2009 waren die hauptamtlichen Jugendoffiziere insgesamt 7245 Mal im Einsatz, davon 5600 Mal an Schulen vor mehr als 150.000 Schülerinnen und Schülern (inklusive Schülerbesuche in Kasernen, Teilnahme von Offizieren an Podiumsdiskussionen und Seminaren). Gegenüber 2008 bedeutet dies einen Rückgang von rund zehn Prozent. Der Schwund ist laut Bundesverteidigungsministerium auf im Durchschnitt 5 bis 6 vakante Dienstposten der hauptamtlichen Jugendoffiziere zurückzuführen.⁶⁵ 2010 stiegen die Zahlen nur geringfügig.⁶⁶

Haupteinsatzgebiet der Jugendoffiziere ist und bleibt die Schule.

2005 wurden in den 16 Bundesländern sogenannte Bezirksjugendoffiziere eingesetzt. Diese sind für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig sowie für die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Lehrerseminaren und den mittleren Schulbehörden. Für die Bundeswehr sind die 16 Bezirksjugendoffiziere ein Erfolgsmodell. Aus deren Einsatz „resultierten mehrere Kooperationsvereinbarungen mit den zuständigen

61 Deutscher Bundestag, Drucksache 17/6311

62 Jahresbericht der Jugendoffiziere 2009, Anlage 1

63 ebda., Seite 5

64 Jahresbericht der Jugendoffiziere 2010, Seite 5

65 Jahresbericht der Jugendoffiziere 2009, Seite 4

66 Jahresbericht der Jugendoffiziere 2010, Anlage 2a

Beutelsbacher Konsens

1976 vereinbarten Pädagogen, die in der politischen Bildung tätig waren, bei einem Treffen im baden-württembergischen Beutelsbach Minimalbedingungen für die politische Bildung an Schulen in Deutschland, den sogenannten Beutelsbacher Konsens. Dieser besagt, dass in der Politischen Bildung an Schulen drei Grundsätze eingehalten werden müssen:

1. **Überwältigungsverbot**, das heißt die Schülerinnen und Schüler dürfen nicht durch eine propagandistische Darstellung eines Themas indoktriniert werden.
2. **Kontroversitätsgebot**, das heißt auch die Gegenposition muss in der Unterrichtseinheit dargestellt werden.
3. **Schülerorientierung**, das heißt die Schüler müssen in der Lage sein, sich ein eigenes Urteil bilden zu können.

Der „Beutelsbacher Konsens“ ist eine Art didaktische Verpflichtung, der sich auch die Bundeswehr offiziell unterworfen hat. „Wir halten uns an den ‚Beutelsbacher Konsens‘“, betont Klaus-Heinrich Ehlers, Chef der Jugendoffiziere. Seine Mitarbeiter stellten bei ihrem Einsatz in den Schulen „durchaus abweichende Meinungen z.B. der Parteien zu bestimmten Themen wie den Auslandseinsätzen oder auch der Wehrpflicht dar“.⁶⁸

Dem ehemaligen Leiter der Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg, Siegfried Schiele, der den „Beutelsbacher Konsens“ vor 35 Jahren initiiert hat, ist diese Selbstverpflichtung zu wenig. Schülerinnen und Schüler müssten gerade bei Themen wie dem Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan auch mit den Positionen der Friedensbewegung konfrontiert werden, und zwar aus Sicht von Vertretern der Friedensbewegung. Hier komme den Lehrern eine besondere Verantwortung zu. Besuche von Schülergruppen in Bundeswehr-Kasernen seien nicht grundsätzlich fragwürdig, „als Lehrer muss ich dann aber im Auge behalten, z.B. auch eine Veranstaltung der Friedensbewegung zu besuchen, um nicht einseitige politische Bildung zu betreiben. Die Schüler müssen einen vielfältigen Blick bekommen, um sich ein eigenständiges Urteil zu bilden.“⁶⁹

Ebenso argumentiert Tilman Hoppe vom Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages. In einem Gutachten appellierte Hoppe an die Schulen, bei den Auftritten von Offizieren eine „ausgewogene politische Sichtweise“ sicherzustellen. Dies könne geschehen, indem die Schule z.B. „zu einer Veranstaltung auch einen militärkritischen Vertreter einlädt oder im Vorfeld der Veranstaltung die Schüler für kritische Aspekte sensibilisiert“. Die Möglichkeiten hierzu seien in den Schulgesetzen einiger Bundesländer durchaus gegeben.⁷⁰

Ministerien auf Landesebene und gemeinsame Projekte in der Referendarausbildung“, freut sich das Bundesverteidigungsministerium.⁶⁷

Didaktische Grundlage für den Einsatz der Jugendoffiziere an den Schulen ist der sogenannte Beutelsbacher Konsens, der die Schülerinnen und Schüler vor indoktrinärer Beeinflussung

und politischer Propaganda im Unterricht schützen soll.

In der Praxis – so wird befürchtet – lassen die Jugendoffiziere jedoch die gebotene Ausgewogenheit vermissen. Ob sie etwa vermitteln, wie fragwürdig Auslandseinsätze sind, dass der Soldatenberuf sehr gefährlich und im Zweifelsfall

⁶⁷ Jahresbericht der Jugendoffiziere 2009, Seite 3

⁶⁸ „Bundeswehr an Schulen: Auf dem Vormarsch“, E&W, September 2010, Seite 40

⁶⁹ „Unterricht muss kontrovers sein“, Neues Deutschland, 22. Oktober 2010

⁷⁰ Tilman Hoppe: „Bundeswehr im Schulunterricht“, März 2010, Seite 3

tödlich sein kann oder auch wie viele Soldaten traumatisiert aus den Einsatzgebieten zurückkommen, wird von vielen Fachleuten bezweifelt.

Die zwischen einzelnen Bundesländern und dem Bundesverteidigungsministerium geschlossenen Kooperationsvereinbarungen bergen also die Gefahr, dass der „Beutelsbacher Konsens“ nach und nach in der Schulpraxis aufgekündigt wird. Diese Gefahr sieht jedenfalls Siegfried Schiele. Da der Einsatz der Jugendoffiziere durch die Abkommen erleichtert und privilegiert werde, könne es zu einer einseitigen Darstellung sicherheits- und friedenspolitischer Aspekte im Unterricht kommen; die Einhaltung der Grundsätze des „Beutelsbacher Konsens“ werde durch diese Abkommen „nur eingeschränkt“ garantiert.⁷¹

Peter Becker von der „Stiftung Friedensbewegung“ sieht das ähnlich. Dass die Bundeswehr sich an den „Beutelsbacher Konsens“ hält, bestreitet er nicht. Er wirft der Bundeswehr allerdings vor, diesen durch die Hintertür zu umgehen. Im Unterricht werde vielfach auf die Unterrichtsvorschläge für Friedens- und Sicherheitspolitik der gemeinnützigen „Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung e.V.“ zurückgegriffen – ein Verein, der eng mit dem der FDP nahestehenden Universum-Verlag zusammenarbeitet. „In vielen dieser Materialien wird offen Position für die Haltung der Bundeswehr zu friedens- und sicherheitspolitischen Fragen eingenommen“, kritisiert der Jurist.⁷²

Die Pflicht zur Neutralität bei ihren Einsätzen in den Schulen schreibt auch Tilmann Hoppe

Die Kooperationsvereinbarungen bergen die Gefahr, dass der „Beutelsbacher Konsens“ nach und nach in der Schulpraxis aufgekündigt wird.

ins Stammbuch. In seiner Stellungnahme vom 12. März 2010 erklärt er mit Verweis auf einschlägige Urteile des Bundesverfassungsgerichts, dass Informationen über die Bundeswehr im Unterricht verfassungsrechtlich zwar grundsätzlich zulässig seien, da die Streitkräfte Teil des Staates seien und daher „verfassungsrechtlich verankert sind“.⁷³ Hoppe sieht dabei aber die Schulen in einer besonderen Verantwortung. Die Leitung solcher Veranstaltungen müssten bei der Schule verbleiben und diese müsse auf Ausgewogenheit achten. Dies gelte vor allem bei umstrittenen Inhalten wie z.B. den Einsätzen der Bundeswehr im Ausland. „Eine gezielte Beeinflussung der Schüler in eine bestimmte Richtung ist verfassungsrechtlich unzulässig.“⁷⁴ Werde bei Veranstaltungen an Schulen durch Offiziere über die verschiedenen Karrieremöglichkeiten bei der Bundeswehr informiert, sei es „für eine neutrale und ausgewogene Informationsvermittlung wohl erforderlich, den Schülern auch die Vielfalt beruflicher Werdegänge außerhalb der Bundeswehr aufzuzeigen“.⁷⁵

Die Bundeswehr selbst beteuert, ihre Jugendoffiziere würden bei ihren Einsätzen an den Schulen keine Nachwuchswerbung betreiben. Dies sei Aufgabe der Wehrdienstberater, sagt Klaus-Heinrich Ehlers vom Bundesverteidigungsministerium. In den Jahresberichten der Jugendoffiziere wird diese „Notwendigkeit zur strikten Trennung zwischen Öffentlichkeitsar-

71 „Unterricht muss kontrovers sein“, Neues Deutschland, 22. Oktober 2010

72 Näheres zu den Unterrichtsmaterialien des Vereins sowie zum Universum-Verlag siehe unter Punkt 3.3.

73 Tilmann Hoppe: „Bundeswehr im Schulunterricht“, März 2010, Seite 3

74 ebda.

75 ebda.



beit und Nachwuchswerbung“ mehrfach und nachdrücklich betont. Allerdings ist in den Berichten auch die Rede von einer „guten Zusammenarbeit und Absprache von Jugendoffizieren und Wehrdienstberatern auf der Arbeitsebene“, durch die „dem Beratungsbedürfnis junger Leute immer entsprochen werden“ könne.⁷⁶ Dass die Jugendoffiziere mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit an Schulen den Berufswerbern wertvolle Schützenhilfe leisten, bestätigt indirekt auch eine vom Bundesministerium der Verteidigung in Auftrag gegebene Studie. 24 Prozent der jungen Männer, die sich für eine berufliche Tätigkeit bei der Bundeswehr interessieren, hatten vorher Kontakt zu einem Jugendoffizier.⁷⁷

2.3 Bundeswehr-PR in Unterrichtsmaterialien

Nicht immer muss die Bundeswehr selbst im Unterricht für ihre Sicht der Dinge werben. Im Schulalltag leistet ihr die „Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung e.V.“ wertvolle Lobby-Arbeit. Das Themenspektrum der Arbeitsgemeinschaft deckt die gesamte Bandbreite der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bildung

24 Prozent der jungen Männer, die sich für eine berufliche Tätigkeit bei der Bundeswehr interessieren, hatten vorher Kontakt zu einem Jugendoffizier.

Bundeswehr und Berufsberatung

Wehrdienstberater sind die Personalwerber der Bundeswehr. Sie umgarnen die Schülerinnen und Schüler mit vielem, was den Armeedienst attraktiv machen soll: Sicheres Gehalt, Studienplätze, Karrierechancen. Sie treten bei Ausbildungsmessen auf, touren mit Infobussen durch die Republik, präsentieren sich bei schulischen Veranstaltungen. Auch online sind die Personalwerber mittlerweile aktiv. So präsentiert sich die Website bundeswehr-karriere.de unter anderem im sozialen Netzwerk Facebook. Die Werbeslogans klingen für Jugendliche vielversprechend. Bei Facebook heißt es unter anderem: „Bei uns erhalten Sie Ihre Chance – auch unabhängig von Ihrer schulischen Qualifikation. Wenn

im Schulunterricht ab: Es gibt Themenhefte zur Rente mit 67, zur Geldmarktpolitik, dem Finanzsystem, zur Berufsorientierung und zur Globalisierung. Der Bundeswehrkritiker Michael Schulze von Glaßer kam bei seinen Recherchen zu dem Verband zu dem Schluss, dass es sich bei der Organisation, in deren Vorstand viele Beamte der Kultusministerien der Länder ehrenamtlich arbeiten, um eine „ominöse Vereinigung“ handele, die „nicht nur fachliche einseitig von der Bundeswehr beraten“ werde, son-

⁷⁶ Jahresbericht der Jugendoffiziere 2008, Seite 4

⁷⁷ „Berufswahl Jugendlicher und Interesse an einer Berufstätigkeit bei der Bundeswehr. Ergebnis der Jugendstudie 2006“, Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, Forschungsbericht 81, November 2007, S. 49

Sie bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, wenn Sie engagiert, flexibel und belastbar sind, wenn Sie bereit sind, spannende und abwechslungsreiche Aufgaben im In- und Ausland zu übernehmen – dann haben wir einen Job für Sie.“ Versprochen werden „umfangreiche Sozialleistungen“, „Studieren bei vollem Gehalt“ sowie „Führungsverantwortung in jungen Jahren“.⁷⁸

Wie die Jugendoffiziere dürfen auch die Wehrdienstberater nur auf Einladung von Lehrkräften an die Schulen kommen. Anders als bei den Veranstaltungen mit den Jugendoffizieren – z.B. über die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik oder den POL&IS-Seminaren – besteht für Schülerinnen und Schüler aber keine Pflicht, an einem Vortrag eines Wehrdienstberaters teilzunehmen. In 90 Minuten stellen die Berufsberater den militärischen Dienst bzw. die zivile Karriere beispielsweise als Techniker oder Ingenieur in der Bundeswehr als Job wie jeden anderen dar. „Die Bundeswehr ist ein ganz normaler Arbeitgeber, wie jeder andere auch. So, als wenn ich

bei BMW oder bei Mercedes oder auf einer Werft irgendwo anfangen zu arbeiten“, erklärte Oberleutnant zur See Henry Gebhardt in der NDR-Sendung „Streitkräfte und Strategien“ von 26. März 2011.⁷⁹

Der Schulvortrag ist nur der Einstieg. Wer mehr wissen will über die beruflichen Karriereöglichkeiten bei der Bundeswehr, der muss sich bei den Wehrdienstberatern in den Kreiswehrrersatzämtern informieren. Dort, wo bis Mitte des Jahres die Musterung der Wehrpflichtigen stattfand, wird weiterhin von den professionellen Personalberatern des Bundesverteidigungsministeriums Werbung in eigener Sache betrieben. Und das durchaus professionell: Beim Wettbewerb „Bestes Schülermarketing 2010“ des Personalmarketingunternehmens „trendence Institut“ erreichte das Bundesministerium der Verteidigung den dritten, im aktuellen Jahr den sechsten Platz. Das Institut hatte jeweils über 15.000 Schülerinnen und Schüler gefragt, welche potenziellen Arbeitgeber von ihnen als besonders aktiv und medial präsent wahrgenommen werden.⁸⁰

dem auch „personell und strukturell eng mit der FDP verflochten“ sei.⁸¹

„Frieden & Sicherheit“ nennen sich die Unterrichtsmaterialien zur deutschen Sicherheitspolitik, die von der gemeinnützigen und laut Eigendarstellung unabhängigen Arbeitsgemeinschaft herausgegeben werden. Dazu gibt es ein Schülermagazin und ein Lehrerheft. Für Lehrkräfte bietet das Onlineportal Arbeitsblätter

und Übungsmaterialien zu außen- und sicherheitspolitischen Themen für den Unterricht zum Download oder zur Verschickung per Post an. Auf ihrer Website verweist die Arbeitsgemeinschaft stolz auf ihre Kundenkontakte: „Wir verfügen über die Adressen aller 32.000 deutschen Schulen und von mehr als 100.000 Lehrkräften, die bei uns schon bestellt haben.“ 2007 sind mehr als 325.000 Schüler- und über 16.000 Lehrerhefte geordert worden.⁸²

78 www.facebook.com/bundeswehr.karriere

79 Zitiert nach: AG Friedensforschung: „Umstrittene Nachwuchsgewinnung - Streit um den Einsatz von Wehrdienstberatern an Schulen“, www.ag-friedensforschung.de/themen/Schule/ndr.html

80 www.trendence.de/fileadmin/presse/Presseinfo_trendence_Schuelerbarometer_2011.pdf

81/82 „Westerwelles Werbetaupe“, Neues Deutschland, 12. März 2010

„Die Fragen lenken die Gedanken gezielt in die gewünschte Richtung: Es gibt keine Alternativen zum militärischen Eingreifen, und das Militär ist ein normales Mittel der Politik.“

Als Partner für die „fachliche Beratung“ des für die Schulen kostenfreien Materials wird das Bundesministerium der Verteidigung genannt. Beim genaueren Hinsehen liest sich diese Zusammenarbeit allerdings ein wenig anders: „Gemeinsam mit dem Ministerium geben wir die Schulmaterialien ‚Frieden & Sicherheit‘ heraus“, heißt es auf der Website der Arbeitsgemeinschaft. Mit 330.000 Euro finanzierte das Verteidigungsministerium 2008 und 2009 das Schülermagazin und das Lehrerheft. Zweiter Partner ist der Universum-Verlag, der sich wiederum zu 50 Prozent im Eigentum der FDP befindet. Auch personell ist der Verlag eng mit den Liberalen und der „Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung“ verknüpft: Verlagsleiter ist der ehemalige Chef der politischen Abteilung der FDP, Siegfried Pabst, der heute gleichzeitig Schatzmeister der Arbeitsgemeinschaft ist.

Die Bundeswehr übe über diese Materialien indirekt Einfluss auf die Schülerinnen und Schüler aus, kritisiert Michael Schule von Glaßer. „Durch die schon aufbereiteten Materialien fällt für die Lehrer zeitaufwendige Unterrichtsvorbereitung weg, was das ‚Frieden & Sicherheit‘-Schülermagazin sicherlich für einige Pädagogen attraktiv macht. Die Texte sind gut, aber einseitig geschrieben. Die im Schülerheft aufgelisteten Fragen, die von den jungen Leuten beantwortet werden sollen, lenken die Gedanken gezielt in die gewünschte Richtung: Es gibt keine Alternativen zum militärischen Eingreifen, und das Militär ist ein normales Mittel der Politik.“⁸³

Wie das konkret aussieht, zeigt ein Blick in ein Arbeitsblatt vom Mai 2011 zum Libyen-Einsatz der NATO. Die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II sollen die Frage beantworten, wann Krieg erlaubt ist, konkret, in welchen Situationen die kriegerische Verletzung des Hoheitsgebietes eines Staates durch einen oder mehrere andere Staaten völkerrechtlich legitimiert ist. Aufgeführt werden mehrere Gründe, wie beispielsweise die Verhinderung eines Völkermordes, der Schutz von Minderheiten vor Vertreibung oder eine massive Verletzung der Menschenrechte. Hinweise auf ein grundsätzliches Gewalt- und Interventionsverbot in den zwischenstaatlichen Beziehungen fehlen allerdings, wie Michael Haid von der „Informationsstelle Militarisierung e.V.“ (IMI) kritisiert. „Diese Prinzipien kommen in vielen völkerrechtlichen Abkommen und auch staatlichen Verfassungen seit Beginn des 20. Jahrhunderts in Abkehr von der Annahme eines freien Kriegsführungsrechts der Staaten zum Ausdruck“. Der Krieg werde in den Unterrichtsmaterialien der Arbeitsgemeinschaft als Mittel der Lösung von politischen und sozialen Konflikten im 21. Jahrhundert legitimiert, fürchtet Haid. „Auf diese Weise wird den Schülern suggeriert, die ihnen vorgelegten Fälle können völkerrechtlich anerkannte Rechtfertigungen für militärisches Eingreifen sein.“⁸⁴

Der Einfluss der Bundeswehr wird auch in anderen Arbeitsblättern deutlich. So sollen die Schülerinnen und Schülern zum Beispiel in den Materialien zu den Auslandseinsätzen der

83 „Westerwelles Werbetruppe“, Neues Deutschland, 12. März 2010

84 „Wann ist Krieg erlaubt?“ – Anmerkungen zu skandalösen Schulmaterialien“, IMI-Magazin Ausdruck, Ausgabe 3/2011, Seite 12

Bundeswehr Fragen zu den Einsatzgebieten der Bundeswehr, deren politische Legitimation sowie praktische Fragen der Organisation beantworten. Als Quellen für die Schüler-Recherche wird mit Ausnahme der UN ausschließlich auf Internetseiten der Bundeswehr, der Bundesregierung und der NATO verwiesen. Darstellungen der Thematik durch Vertreter bzw. Organisationen der Friedensbewegung oder eine Bewertung durch antimilitaristische sowie politische, regierungskritische Institutionen fehlen dagegen vollständig.⁸⁵

2.4 Bundeswehr und Lehrerbildung

Die durch die Kooperationsvereinbarungen ermöglichte Einbindung der Jugendoffiziere bei der Ausbildung der Referendare ist für die Bundeswehr laut Eigendarstellung ein voller Erfolg. „Die Jugendoffiziere arbeiten mit vielen jungen Pädagogen zusammen, die noch vor kurzem in der Referendarausbildung an Seminaren der Jugendoffiziere teilgenommen haben. Diese Kontakte sind nach den bisherigen Erfahrungen nachhaltig und bleiben bestehen.“⁸⁶ Für die militärischen Öffentlichkeitsarbeiter ist diese nachhaltige positive Wirkung des Kontaktes zwischen den Bundeswehr und Junglehrern besonders wichtig, denn sie müssen immer wieder feststellen, dass es Pädagogen gibt, die gegenüber dem Einsatz der Offiziere im Schulunterricht „eher zurückhaltend“ eingestellt sind.⁸⁷

Dass die Bundeswehr aktiv in die Lehrerbildung eingreift, ist nichts Neues. In den vergangenen Jahren nahmen im Schnitt pro Jahr 4000 bis 4500 Lehrerinnen und Lehrer an Fortbil-

dungsseminaren der Bundeswehr teil, darunter auch viele Referendare. „Demokratie und Friedenssicherung“ hieß beispielsweise 2007 ein Ausbildungsseminar für Lehramtsanwärter in Baden-Württemberg. Organisiert wurde die eintägige Fortbildungsveranstaltung vom Staatlichen Seminar für Didaktik und Lehrerbildung (GHS) Rottweil in Zusammenarbeit mit den Jugendoffizieren der Bundeswehr in Stuttgart. Tagungsort war die Oberfeldwebel-Schreiber-Kaserne in Immendingen, geleitet wurde das „Sicherheitspolitische Tagesseminar“ von zwei Jugendoffizieren der Bundeswehr. Ausdrücklich wird im Evaluationsbericht darauf hingewiesen, dass die Veranstaltung auf Anregung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg zustande kam und von einem Jugendoffizier initiiert wurde.⁸⁸

Begründet wurde die sicherheitspolitische Fortbildung offiziell mit den Gefahren des Islamismus.

Begründet wurde diese Initiative offiziell mit den Gefahren des Islamismus. Lehrer müssten geschult werden, um im Unterrichtsalltag zwischen „islamischen und islamistischen Orientierungen“ von muslimischen Schülerinnen und Schülern unterscheiden zu können. Ein „flächendeckender Handlungsbedarf an den Schulen in Baden-Württemberg“ wird zwar in dem Evaluationsbericht verneint, es müsse aber, so die Begründung, „Handlungsfähigkeit geschaffen werden, um möglichst frühzeitig derartigen Problemen begegnen zu können.“ Unklar bleibt

85 www.frieden-und-sicherheit.de/files/72/Arbeitsblatt_BW_Ausland.pdf

86 Jahresbericht der Jugendoffiziere 2009, Seite 8

87 ebda.

88 Henning Reh: „Evaluationsbericht Demokratie und Friedenssicherung in der Lehramtsanwärterausbildung“, MaResCom GmbH, Mannheim 2007, Seite 2f.

Es wundert es nicht, dass nach Abschluss des Seminars die große Mehrheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer Auslandseinsätze der Bundeswehr begrüßte und sich für den Einsatz des Militärs auch „im Inneren gegen den islamistischen Terrorismus“ aussprach.

in dem Bericht jedoch, inwieweit Jugendoffiziere der Bundeswehr Lehrkräften dabei helfen können, zwischen religiösen und religiös-fundamentalistischen Einstellungen von Schülern unterscheiden zu lernen. Der entsprechende Fachvortrag dazu mit Ratschlägen für Lehrerinnen und Lehrer für den Unterricht wurde laut Bericht von einem Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz gehalten.⁸⁹

Das Ausbildungsziel der Lehrerfortbilder in Uniform war ein anderes. Dies wird bereits in der Konzeptbeschreibung der Jugendoffiziere deutlich. So heißt es in den Vorbereitungsunterlagen zum Tagesseminar: „Lehreranwärter und Lehreranwärterinnen erfahren teilnehmer-, praxisorientiert und authentisch den Auftrag der Bundesrepublik Deutschland, die Bundeswehr als Instrument zur Friedenssicherung im Rahmen der grundgesetzlichen Normen zu verstehen.“ Und weiter: „Ziel ist es die rechtlichen Grundlagen für die Auslandseinsätze der Bundeswehr aufzuzeigen. Die Teilnehmer sollen diese kennengelernt und verstanden haben.“⁹⁰

Bei dieser Grundausrichtung wundert es nicht, dass nach Abschluss des Seminars die große Mehrheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer Auslandseinsätze der Bundeswehr begrüßte (nur drei Lehrkräfte lehnten diese rundherum ab) und sich für den Einsatz des Militärs auch „im Inneren gegen den islamistischen Terrorismus“ aussprach (20 stimmten der entsprechen-

den Frage voll, weitgehend oder zumindest teilweise zu, nur acht sprachen sich gegen einen Einsatz der Bundeswehr im Inneren aus).⁹¹ Und auch hinsichtlich des Ziels, die Sichtweise der Bundeswehr in die Lehrerausbildung fest zu verankern, konnte die Bundeswehr mit dem Seminar zufrieden sein: Neun der Teilnehmerinnen und Teilnehmer beantworteten die Frage „Sollte Ihrer Ansicht nach eine solche Veranstaltung obligatorisch in die Referendarausbildung integriert werden?“ mit einem eindeutigen „Ja“, 18 fanden das zumindest bedenkenswert.⁹²

Durch die öffentliche Debatte über die Kooperationsabkommen zwischen den Kultusministerien und den jeweiligen Wehrbereichskommandos der Bundeswehr ist auch der Einfluss des Militärs auf die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer in den Fokus der Kritik geraten. Schulen, GEW-Personalvertretungen, Bezirks- und Landesverbände der GEW protestierten gegen die Institutionalisierung der Zusammenarbeit zwischen Ausbildungsseminaren und der Bundeswehr. Teilweise war der Protest erfolgreich. So kündigte das Saarland Anfang Juni an, künftig Offiziere als Ausbilder aus den Studienseminaren für angehende Lehrer des Landes auszuschließen. Die im März 2009 geschlossene Kooperationsvereinbarung bleibe allerdings bestehen, sagte der saarländische Bildungsminister und frühere GEW-Chef des Landes, Klaus Kessler (Bündnis 90/Die Grünen), in einem Radio-Interview.⁹³

89 Henning Reh: „Evaluationsbericht Demokratie und Friedenssicherung in der Lehreranwärterausbildung“, Seite 6

90 ebda., Seite 5

91 ebda., Seite 22f.

92 ebda., Seite 21

93 „Soldaten in den Schulen“, Saarländischer Rundfunk, 10. Juni 2011, Quelle: www.sr-online.de/nachrichten/740/1243571.html

3. Positionen, Aktivitäten und Handlungsmöglichkeiten



3.1 „Einfluss zurückdrängen – Politische Bildung ist Aufgabe von Lehrkräften“: Die GEW-Position

Bundeswehr und Schule: Einfluss zurückdrängen – Politische Bildung ist Aufgabe von Lehrkräften (Beschluss des GEW-Hauptvorstands, März 2010)

Die GEW wendet sich entschieden gegen den zunehmenden Einfluss der Bundeswehr auf die inhaltliche Gestaltung des Unterrichts und der Lehreraus- und Fortbildung, wie sie in den Kooperationsabkommen zwischen Kultusministerien und Bundeswehr deutlich werden.

Die politische Bildung – auch in Fragen der Sicherheitspolitik – gehört in die Hand der dafür ausgebildeten pädagogischen Fachleute und nicht in die von Jugendoffizieren. Die GEW fordert die Landesregierungen auf, entsprechende Passagen in den Kooperationsabkommen zu kündigen.

Die GEW bekräftigt die Gemeinsame Erklärung des Präsidenten der Kultusministerkonferenz und der Vorsitzenden der Bildungs- und Lehrergewerkschaften „Aufgaben von Lehrerinnen und Lehrern heute – Fachleute für das Lernen“ (Berlin 2000). Darin heißt es: „Die Zukunftsaufgaben von Bildung und Erziehung werden vor allem geprägt sein durch (...) die Sicherung von Frieden und Gewaltfreiheit.“ Die GEW betont, dass Militarismus und autoritäre Strukturen in der Gesellschaft ein Problem darstellen.

Die GEW betont: Lehrkräfte entscheiden souverän, ob sie in ihrem Unterricht externen Sachverstand hinzuziehen wollen oder nicht, denn „Lehrerinnen und Lehrer sind Fachleute für das Lernen, ihre Kernaufgabe ist die gezielte und nach wissenschaftlichen Erkenntnissen gestaltete Planung, Organisation und Reflexion von Lehr- und Lernprozessen sowie ihre individuelle Bewertung und systemische Evaluation.“ (Gemeinsame Erklärung...). Sie erziehen ihre Schülerinnen und Schüler zu demokratischem Handeln, Kritikfähigkeit, Gewaltfreiheit und Toleranz und beteiligen sie an allen wichtigen Entscheidungen der inhaltlichen und methodischen Gestaltung des Lernens.

Die GEW empfiehlt, Jugendoffiziere der Bundeswehr nur dann einzuladen, wenn die notwendige politische Ausgewogenheit gewährleistet ist. Die unterschiedlichen friedenspolitischen Konzepte, die Kontroversen über die verfassungsmäßige Funktion der Bundeswehr (von der Landesverteidigung zur Interventionsarmee), die Möglichkeit des Zivildienstes sowie die verschiedenen Konzepte der internationalen Friedenspolitik müssen in gleicher Gewichtung dargestellt werden.

Friedensorganisationen und Friedensinitiativen sind die gleichen Möglichkeiten wie der Bundeswehr einzuräumen, ihre Konzepte zu erläutern. >

Die GEW geht davon aus, dass die Landesregierungen, die mit der Bundeswehr Kooperationsvereinbarungen abgeschlossen haben, auch entsprechende Kooperationsvereinbarungen mit den Friedensorganisationen und Friedensinitiativen abschließen.

Die GEW hält Exkursionen zu Informationsveranstaltungen der Bundeswehr für kein geeignetes Mittel der politischen Bildung und zur „Sicherung von Frieden und Gewaltfreiheit“. Waffenschauen und ähnliche Veranstaltungen der Bundeswehr haben auf dem Schulgelände nichts zu suchen – auch nicht an Wochenenden und während der unterrichtsfreien Zeit.

Keine Pädagogin und kein Pädagoge und keine Schülerin und kein Schüler dürfen zur Teilnahme an und Durchführung einer Veranstaltung mit Bundeswehrangehörigen gezwungen werden.

Die GEW lehnt die Werbeversuche der Bundeswehr an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen ab und verurteilt sie. Die GEW ruft zu Aktio-

nen gegen Werbeversuche der Bundeswehr auf. Die Schule ist kein Ort für Rekrutierung von Berufssoldatinnen und -soldaten. Es muss strikt darauf geachtet werden, dass die Bundeswehr weder offen noch verdeckt junge Leute für den Militärdienst wirbt. Wo dies jedoch Fall ist, muss die Schulaufsicht entsprechend informiert und tätig werden sowie bei der Bundeswehr Beschwerde einlegen.

Junge Menschen, die ihre berufliche Zukunft oder ihre Ausbildung bei der Bundeswehr realisieren wollen, benötigen umfassende Informationen, worauf sich Zeitsoldat/innen einlassen (z.B. Verpflichtung zu 12 Monaten Auslandseinsatz und harten finanziellen Sanktionen bei vorzeitigem Vertragsausstieg). Zur Information gehören auch Berichte über traumatisierte Heimkehrer/innen aus Afghanistan und über diejenigen, die in einem Kriegseinsatz in Afghanistan getötet werden. Die Schule hat die Aufgabe, interessierten Schülerinnen und Schülern Hinweise zu geben, wo sie sich umfassend informieren können.⁹⁴

3.2 Schulen als „bundeswehrfreie Zonen“

Lange Zeit war die Anwesenheit der Bundeswehr im Schulunterricht kein Thema in der Öffentlichkeit. Erst in den letzten beiden Jahren hat die Kritik an den Vorträgen und Schulungen des Militärs zugenommen. Als in Berlin im November 2009 zwei Jugendoffiziere der Bundeswehr einen Vortrag am Paulsen-Gymnasium im Stadtteil Steglitz halten wollten, musste diese Veranstaltung unter Polizeischutz stattfinden, weil Militärgegner Proteste angekündigt hatten. Die Schulleitung des Coppi-Gymnasi-

ums in Berlin-Lichtenberg sagte im Mai vergangenen Jahres gar einen Termin mit einem Bundeswehr-Offizier ab, nachdem Schüler kritische Flugblätter verteilt und sich auch einige Eltern ablehnend geäußert hatten.⁹⁵

Zeitgleich gründete sich in der Hauptstadt die Initiative „Schule ohne Militär“ – ein Zusammenschluss von Eltern- und Schülervertretungen, Studierendenvertretern und Friedensgruppierungen. Unterstützt wird die Initiative auch von der Berliner GEW. Öffentlich tritt die Vereinigung unter anderem gegen die zunehmen-

94 „Bundeswehr und Schule: Einfluss zurückdrängen – Politische Bildung ist Aufgabe von Lehrkräften“, Beschluss des Hauptvorstandes der GEW vom 05./06. März 2010

95 „Schulleitung lädt Bundeswehr aus“, Berliner Zeitung, 20. Mai 2010

Die Schulleitung des Coppi-Gymnasiums in Berlin-Lichtenberg sagte im Mai vergangenen Jahres einen Termin mit einem Bundeswehr-Offizier ab, nachdem Schüler kritische Flugblätter verteilt und sich auch einige Eltern ablehnend geäußert hatten.

den Werbeaktivitäten der Bundeswehr auf. In einem Offenen Brief an die Berliner Nahverkehrsbetriebe werden diese aufgefordert, in ihren S-Bahnzügen, Straßenbahnen und Bussen keine Werbung für die Bundeswehr mehr zu gestatten.⁹⁶

Die Initiative kann mittlerweile auf einige Erfolge verweisen. So beschloss Ende März 2011 die Schulkonferenz des Robert-Blum-Gymnasiums im Bezirk Tempelhof-Schöneberg als erste Berliner Schule, Vertreter der Bundeswehr in Zukunft nicht mehr in ihre Schule zu lassen. In der mit Sieben zu Eins Stimmen angenommenen Resolution heißt es: „Das vermeintliche Lösen von Konflikten mit militärischer Gewalt widerspricht der an unserer Schule gepflegten Kultur und unseren Erziehungsidealen. Wie sollen wir Jugendliche zum gewaltfreien Lösen von Konflikten erziehen, wenn das Vertreten von Wirtschafts- oder Länderinteressen mit militärischen Mitteln von uns mit unterstützt wird? Dies widerspricht dem in Paragraphen 1 des Schulgesetzes formulierten Erziehungsziel der friedlichen Verständigung der Völker.“ Der Bundeswehr ist laut Beschluss unter anderem untersagt, Werbung für militärische Ausbildungsgänge auf

dem Schulgelände zu betreiben. Auftritte von Jugendoffizieren in der Schule sowie Besuche von Klassen des Robert-Blum-Gymnasiums in Bundeswehreinrichtungen wird es an dieser Schule nicht mehr geben.⁹⁷

Die Initiative der Lehrer, Eltern und Schüler des Robert-Blum-Gymnasiums hat inzwischen in Berlin Nachahmer gefunden. Mitte Juni beschloss die Gesamtkonferenz der August-Sander-Schule im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg dem Beispiel des Tempelhofer Gymnasiums zu folgen. In dem Beschluss der Berufs- und Berufsfachschule wird zudem die Souveränität der Lehrkräfte bei der Gestaltung des Unterrichts und die Bedeutung des „Beutelsbacher Konsens“ betont.⁹⁸



96 www.rwagner.eu/Schule-ohne-Militaer/OffenerBriefS-Bahn.html

97 „Farbe bekennen“ gegen Olivgrün“, Neues Deutschland, 8. Juli 2011

98 Die Beschlussvorlage ist als Mustertext im Internet zu finden unter: www.rwagner.eu/Schule-ohne-Militaer/som.html

Auch in anderen Bundesländern wächst das Engagement von Schülern und Lehrern. So erklärte sich im hessischen Offenbach im März dieses Jahres die Käthe-Kollwitz-Schule, eine Berufs- und Berufsfachschule, für bundeswehrfrei. In der niedersächsischen Hauptstadt Hannover schlossen sich im Juni 2011 Schüler- und Elternorganisationen, die GEW sowie Parteienvertreter aus dem linken Spektrum zum Bündnis „Schule ohne Militär“ zusammen.⁹⁹

Solche und andere Initiativen laufen den Bemühungen des Verteidigungsministeriums um gemeinsame Auftritte mit Vertretern der Friedensbewegung an Schulen zuwider. So wird im Jahresbericht der Jugendoffiziere 2010 die Bereitschaft der Bundeswehr unterstrichen, „sich gemeinsam mit militärkritischen Organisationen im Rahmen von Podiumsdiskussionen im offenen Diskurs mit einem Thema kontrovers auseinandersetzen.“ Leider werde dieses Angebot „zu wenig von allen Zielgruppen in Anspruch genommen.“¹⁰⁰

Die Käthe-Kollwitz-Schule, eine Berufs- und Berufsfachschule im hessischen Offenbach, erklärte sich im März dieses Jahres für bundeswehrfrei.

Bundeswehr in der Schule?

Tipp für Eltern – Unterrichtsbefreiung

Prinzipiell gilt: Eltern können beantragen, dass ihre Kinder vom Unterricht befreit werden, wenn Jugendoffiziere oder andere Bundeswehrsoldaten in die Schulen kommen. Dafür reicht in der Regel ein formloser Antrag aus. Für die Genehmigung zuständig ist die jeweilige Schulleitung. Die Kinderrechtsorganisation „terre des hommes“ hat dazu einen Musterantrag formuliert, der als Orientierung dienen kann:

„Wir erziehen unser Kind aus Gewissensgründen gewaltfrei mit dem Ziel, dass später der Dienst mit der Waffe verweigert wird oder zumindest ein freiwilliger Gang zur Bundeswehr unterbleibt. Daher beantragen wir die Befreiung von der Teilnahme-pflicht am Unterricht mit Bundeswehrsoldaten und Wehrdienstberatern. Unser Kind soll währenddessen Ersatzunterricht in einer anderen Klasse erhalten.“¹⁰¹

⁹⁹ „Farbe bekennen‘ gegen Olivgrün“, Neues Deutschland, 8. Juli 2011

¹⁰⁰ Jahresbericht der Jugendoffiziere 2010, Seite 5. Als „Zielgruppe“ definiert der Bericht neben Schülern, Lehrern und Studenten auch Gewerkschaften, Kirchen, Journalisten, Parteien (Anlage 2a des Jahresberichts)

¹⁰¹ www.tdh.de/content/themen/schwerpunkte/kinder_und_krieg/media/Befreiungsantrag_Bundeswehr_an_der_Schule.pdf

„terre des hommes“ verweist allerdings darauf, dass es noch keine klare Rechtsprechung der Gerichte in diesem Bereich gibt. Die Schulleitung müsse im Einzelfall entscheiden, ob das Erziehungsrecht der Eltern (Artikel 6 des Grundgesetzes) sowie die Gewissensfreiheit (Art. 4 GG) Vorrang vor dem staatlichen Erziehungsauftrag (Art. 7 GG) haben. Die Werbung der Bundeswehroffiziere für Militäreinsätze widerspreche zudem dem Völkerrecht, „nämlich den Kinderrechten in Art. 6 (Recht auf freie Entwicklung und Entfaltung der Persönlichkeit), Art. 19 (Recht auf körperliche Unversehrtheit und Schutz vor Gewalt) und Art. 29 (Erziehung im Geiste von Frieden und Verständigung zwischen den Völkern) der von Deutschland unterschriebenen UN-Kinderrechtskonvention“.

Das Recht der Schüler, aus Gewissensgründen Veranstaltungen der Bundeswehr in ihrer Schule fernzubleiben, wird auch in einer Petition des bayerischen Elternverbands an den Landtag in München unterstrichen. Darin wird betont, dass die Entscheidung über die Einladung von Bundeswehrvertretern für Informationsveranstaltungen an Schulen in die Zuständigkeit des Schulforums und nicht nur in die der Schulleitung falle. Zur Begründung heißt es in der Eingabe vom Februar 2011: „Der Wandel der Bundeswehr von einer reinen Verteidigungstruppe zu einer Interventionsarmee ist politisch gewollt und vollzogen. Deswegen wiegt eine ablehnende Haltung ihr gegenüber schwerer als zuvor. Schüler und Eltern müssen als Betroffene umso mehr selbst nach ihrem Gewissen über eine Einladung an ihre Schule entscheiden können.“¹⁰²

Nach ersten Erfahrungen werden, so „terre des hommes“, Befreiungsanträge ohne Begründung von den Schulleitungen genehmigt. Selbst im traditionell konservativen Bayern habe das CSU-geführte Kultusministerium bestätigt, dass Gewissensgründe zur Befreiung von Veranstaltungen mit der Bundeswehr führen und stattdessen Ersatzunterricht stattfinden soll. Sollten Schulen eine Unterrichtsbefreiung ablehnen, können Eltern einen schriftlichen Bescheid mit Angabe der Ablehnungsgründe verlangen.¹⁰³

einzunehmen. Wenn also Jugendoffiziere im Rahmen beispielsweise des Sozialkundeunterrichts Gelegenheit zum Auftritt vor Schülerinnen und Schülern haben, dann müssen auch Vertreterinnen und Vertreter von Friedensgruppen und -initiativen Teil eines solchen Unterrichts sein. Prinzipiell sehen das auch die Kultusministerien so. So heißt es in der Einleitung zum Kooperationsabkommen zwischen der Bundeswehr und dem Saarland: „Eine positive Entwicklung des demokratischen Grundver-

3.3 Friedensbildung in der Schule

Eigentlich müsste es eine Selbstverständlichkeit sein: Sicherheitspolitik, die Frage von Krieg und Frieden, die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland müssen im Unterricht objektiv und dürfen keinesfalls einseitig aus Sicht der Bundeswehr dargestellt werden. Es geht um grundlegend wichtige Informationen und im Sinne des „Beutelsbacher Konsens“ darum, Heranwachsende zu befähigen, einen eigenen Standpunkt zu kontrovers diskutierten Themen

einzunehmen. Wenn also Jugendoffiziere im Rahmen beispielsweise des Sozialkundeunterrichts Gelegenheit zum Auftritt vor Schülerinnen und Schülern haben, dann müssen auch Vertreterinnen und Vertreter von Friedensgruppen und -initiativen Teil eines solchen Unterrichts sein. Prinzipiell sehen das auch die Kultusministerien so. So heißt es in der Einleitung zum Kooperationsabkommen zwischen der Bundeswehr und dem Saarland: „Eine positive Entwicklung des demokratischen Grundver-

102 www.schulfrei-fuer-die-bundeswehr-rlp.de/images/Texte/petition.pdf

103 www.tdh.de/content/themen/schwerpunkte/kinder_und_krieg/media/Befreiungsantrag_Bundeswehr_an_der_Schule.pdf



ständnisses bedarf der politischen Bildung und eines **intensiven Meinungs-austausches über politische Themenstellungen**. In diesem Kontext versteht sich die reflektierte Art der sicherheitspolitischen Information. Sie vermittelt und vertieft das Verständnis für eine multipolare und globalisierte Welt.¹⁰⁴

Die im August 2011 geschlossenen Kooperationsvereinbarung zwischen Friedensgruppen und dem rheinland-pfälzischen Bildungsministerium sieht die Friedensbewegung konsequenterweise in einer Bringschuld. Dort heißt es unter anderem: „Das Netzwerk Friedensbildung benennt dem Bildungsministerium geeignete Personen, Personengruppen bzw. Organisationen, die auf Grund ihrer Erfahrung und ihrer Kenntnis gemäß der Grundlage dieser Vereinbarung als außerschulische Fachleute den Schulen zur Verfügung stehen.“¹⁰⁵

Für Friedensgruppen besteht allerdings das Problem, dass bislang zu wenig Erfahrungen über Inhalte und Vorgehen sowie alternative Unterrichtsmaterialien existieren, die mit der professionellen Präsentation des Auftritts der Jugend-

offiziere von der Bundeswehr konkurrieren können. „Für den Unterricht geeignete und den Anforderungen genügende Internetauftritte stellt die Friedensbewegung praktisch nicht zur Verfügung“, stellte Peter Becker von der „Stiftung Friedensbewegung“ noch im Mai 2010 fest.¹⁰⁶ Mit der Zunahme der Kooperationsabkommen einer Reihe von Bundesländern mit der Bundeswehr ist die Friedensbewegung jedoch aufgewacht. Seit einiger Zeit gibt es Bemühungen, alternative Inhalte für den Unterricht zu entwickeln. „Friedensbildung Bundeswehr und Schule“ nennt sich zum Beispiel ein Anfang 2011 ins Leben gerufenes Projekt der „Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden“ (AGDF) und der „Evangelischen Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer“ (EAK), dem sich – neben anderen Organisationen – auch die GEW auf Bundesebene angeschlossen hat. Zu den Vorhaben des Projekts gehört, die Friedensbildung an Schulen zu stärken, bundesweit Initiativen zu vernetzen sowie Fachleute und Materialien für den Unterricht bekannt zu machen. Auf der Internetseite wurde mittlerweile aber eine umfangreiche Materialien- und Dokumentenliste zur Friedenserziehung und -bildung online gestellt.¹⁰⁷

Friedenspädagogische Materialien werden derzeit auch vom „Arbeitskreis friedenspädagogischer Bildungseinrichtungen e.V. (AfpB) und der „Stiftung Friedensbewegung“ erarbeitet. Letztere hat zusammen mit Partnern (u.a. der GEW) eine Internetpräsenz entwickelt. Dort können Arbeitsbögen für den Unterricht zu

104 www.bundeswehr-monitoring.de/fileadmin/user_upload/media/Vereinbarung_BW-Saarland-Schulen.pdf

105 Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz und dem Netzwerk Friedensbildung Rheinland-Pfalz vom 15. August 2011

106 „Friedensbewegung an die Schulen – Konzept für Inhalte und Vorgehen“, „Stiftung Friedensbewegung“, Mai 2010

107 www.friedensdienst.de/Materialien-zur-Friede.255.0.html

Themen wie „Afghanistan“, „Arabische Volksaufstände“, „Deutschland nach der Wehrpflicht“ oder „Atomwaffenfreies Deutschland“ heruntergeladen werden.¹⁰⁸ Die Arbeitsblätter schildern zum einen die Ursachen diverser weltweiter Konflikte und zeigen zivile Wege zu ihrer Lösung auf. Im Arbeitsbogen „Arabische Volksaufstände“ heißt es etwa: „Zudem müssen besonders der Jemen und Ägypten einen Weg zur politischen Integration ihrer starken islamistischen (radikal-religiöse Muslime) Bewegungen im neuen Staatsgebilde finden, um keine zukünftigen Konfliktlinien entstehen zu lassen. Ägypten muss außerdem sicherstellen, dass sich seine Armee nicht mehr wie in der Vergangenheit regelmäßig in politische Fragen einmischen kann.“¹⁰⁹ Das Arbeitsblatt „Agrarland“ weist darauf hin, dass „unklare oder nicht vorhandene Landrechte eine wesentliche Ursache von Armut, Konflikten“ sind und empfiehlt „einen Verhaltenskodex, der die lokalen Regierungen verpflichtet, sich bei Verhandlungen zu Landkäufen an bestimmte Standards zu halten“, damit ausländische Investoren nicht mehr Land zu Lasten der Nahrungsmittelversorgung der einheimischen Bevölkerung kaufen können.¹¹⁰

Um Inhalte und Konzepte im Unterricht vermitteln zu können, braucht es selbstverständlich qualifiziertes Personal. Die Forderung „Friedensbewegung an die Schulen“, so Peter Becker von der „Stiftung Friedensbewegung“, müsse auch personell abgestützt werden. Eine zentrale Rolle komme dabei der Zusammenarbeit mit der GEW zu. Becker: „Die Frage, was im Unterricht gebraucht wird und wie die Materialien gestaltet werden, können nur die hauptamtlichen Pädagogen beantworten.“ Gebraucht werden, so Becker, aber auch „Aktivisten der Friedensbewegung, die bereits sind, bei entsprechenden Anforderungen aus den Schulen neben oder anstelle von Jugendoffizieren aufzutreten.“ Die Neigung der Schulen, auf die Angebote der Friedensbewegung zurückzugreifen, schätzt der Vorsitzende der „Stiftung Friedensbewegung“ als groß ein. Die Schulleitungen müssten nur stärker als bisher darüber informiert werden, „dass es ein derartiges Angebot auch gibt.“¹¹¹

Um Inhalte und Konzepte im Unterricht vermitteln zu können, braucht es selbstverständlich qualifiziertes Personal.

108 www.en-paz.de

109 www.en-paz.de/files/en-paz_arabischevolksaufstaende_v.2.0_250511.pdf

110 www.en-paz.de/files/en-paz_agrarland_v.2.0_230511.pdf

111 „Friedensbewegung an die Schulen – Konzept für Inhalte und Vorgehen“, Stiftung Friedensbewegung, Mai 2010

Links und Hinweise

GEW www.gew.de/Bundeswehr.html

Auf den Seiten der GEW finden Sie Hinweise auf Unterrichtsmaterialien und friedenspolitischen Initiativen, Links zu Aktivitäten der GEW Landesverbände oder zur Initiative „Hochschule für den Frieden – ja zur Zivilklausel“.

„Schulfrei für die Bundeswehr“ www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de/

Schulfrei für die Bundeswehr ist eine Seite der DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen). Hier werden Materialien, Hintergründe, Presseberichte u.a. zur Verfügung gestellt. Auch sind hier Links zu aktiven Organisationen versammelt.

Friedensbildung www.friedensdienst.de/Friedensbildung-Bunde.241.0.html

Das bundesweite Projekt „Friedensbildung, Bundeswehr und Schule“, dem auch die GEW angeschlossen ist, hat zum Ziel die Friedensbildung an Schulen zu stärken. Hierzu werden bundesweit Initiativen vernetzt sowie Fachleute und Materialien für den Unterricht bekannt gemacht. Vorerst ist die Initiative auf den Seiten des Friedensdiensts (s.o.) zu finden, demnächst unter: www.friedensbildung-schule.de/

Terre des Hommes www.tdh.de/schule-ohne-militaer

Auch die Kinderschutzorganisation „Terre des Hommes“ hat sich des Themas Bundeswehr und Schule angenommen. Auf der Website finden sich Materialien zum Thema Rekrutierung Minderjähriger (die auch in Deutschland stattfindet) bis hin zum Vordruck eines Antrags auf Unterrichtsbefreiung, für den Fall, dass Jugendoffiziere Unterricht abhalten.

Deutsches Bündnis Kindersoldaten www.kindersoldaten.info/

Das Bündnis besteht aus zwölf Nichtregierungsorganisationen und ist Teil der internationalen Coalition to Stop the Use of Child Soldiers, die es seit 1998 gibt. Es informiert, ruft zu öffentlichkeitswirksamen Aktionen auf und betreibt Lobbyarbeit.

Aktion Rote Hand www.aktion-rote-hand.de/

Seit 2007 ist die Aktion Rote Hand von der International Coalition against the use of child soldiers weltweit verbreitet worden. Zum Red Hand Day am 12. Februar machen Schulen und Jugendeinrichtungen mit Transparenten und Aktionen auf diesen weltweiten Tag gegen den Einsatz von Kindern als Soldaten aufmerksam.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) www.imi-online.de/

Der Verein IMI befasst sich mit der gesamten Palette friedenspolitischer Themen. Er gibt regelmäßig Analysen heraus und führt Veranstaltungen durch. Über einen Pool können auch ReferentInnen für eigene Veranstaltungen angefragt werden.

Bundeswehr-Monitoring www.bundeswehr-monitoring.de/

Die Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung stellt aktuelle Meldungen und Quellen rund um die Bundeswehr bereit.

Ihr Kontakt zur GEW

Unsere Adressen

GEW Baden-Württemberg

Silcherstraße 7
70176 Stuttgart
Telefon: 0711/21030-0
Telefax: 0711/21030-45
E-Mail: info@gew-bw.de
www.gew-bw.de

GEW Bayern

Schwanthalerstraße 64
80336 München
Telefon: 089/544081-0
Telefax: 089/5389487
E-Mail: info@gew-bayern.de
www.gew-bayern.de

GEW Berlin

Ahornstraße 5
10787 Berlin
Telefon: 030/219993-0
Telefax: 030/219993-50
E-Mail: info@gew-berlin.de
www.gew-berlin.de

GEW Brandenburg

Alleestraße 6a
14469 Potsdam
Telefon: 0331/27184-0
Telefax: 0331/27184-30
E-Mail: info@gew-brandenburg.de
www.gew-brandenburg.de

GEW Bremen

Bahnhofplatz 22-28
28195 Bremen
Telefon: 0421/33764-0
Telefax: 0421/33764-30
E-Mail: info@gew-hb.de
www.gew-bremen.de

GEW Hamburg

Rothenbaumchaussee 15
20148 Hamburg
Telefon: 040/414633-0
Telefax: 040/440877
E-Mail: info@gew-hamburg.de
www.gew-hamburg.de

GEW Hessen

Zimmerweg 12
60325 Frankfurt am Main
Telefon: 069/971293-0
Telefax: 069/971293-93
E-Mail: info@gew-hessen.de
www.gew-hessen.de

GEW Mecklenburg-Vorpommern

Lübecker Straße 265a
19059 Schwerin
Telefon: 0385/48527-0
Telefax: 0385/48527-24
E-Mail: landesverband@gew-mv.de
www.gew-mv.de

GEW Niedersachsen

Berliner Allee 16
30175 Hannover
Telefon: 0511/33804-0
Telefax: 0511/33804-46
E-Mail: email@gew-nds.de
www.gew-nds.de

GEW Nordrhein-Westfalen

Nünningstraße 11
45141 Essen
Telefon: 0201/29403-01
Telefax: 0201/29403-51
E-Mail: info@gew-nrw.de
www.gew-nrw.de

GEW Rheinland-Pfalz

Neubrunnenstraße 8
55116 Mainz
Telefon: 06131/28988-0
Telefax: 06131/28988-80
E-Mail: gew@gew-rlp.de
www.gew-rlp.de

GEW Saarland

Mainzer Straße 84
66121 Saarbrücken
Telefon: 0681/66830-0
Telefax: 0681/66830-17
E-Mail: info@gew-saarland.de
www.gew-saarland.de

GEW Sachsen

Nonnenstraße 58
04229 Leipzig
Telefon: 0341/494740-4
Telefax: 0341/494740-6
E-Mail: gew-sachsen@t-online.de
www.gew-sachsen.de

GEW Sachsen-Anhalt

Markgrafenstraße 6
39114 Magdeburg
Telefon: 0391/73554-0
Telefax: 0391/73134-05
E-Mail: info@gew-lsa.de
www.gew-lsa.de

GEW Schleswig-Holstein

Legienstraße 22-24
24103 Kiel
Telefon: 0431/5195-1550
Telefax: 0431/5195-1555
E-Mail: info@gew-sh.de
www.gew-sh.de

GEW Thüringen

Heinrich-Mann-Straße 22
99096 Erfurt
Telefon: 0361/59095-0
Telefax: 0361/59095-60
E-Mail: info@gew-thueringen.de
www.gew-thueringen.de

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hauptvorstand

Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon: 069/78973-0
Telefax: 069/78973-201
E-Mail: info@gew.de
www.gew.de

GEW-Hauptvorstand, Parlamentarisches Verbindungsbüro Berlin

Wallstraße 65
10179 Berlin
Telefon: 030/235014-0
Telefax: 030/235014-10
E-Mail: parlamentsbuero@gew.de

Antrag auf Mitgliedschaft

Bitte in Druckschrift ausfüllen oder...



...Online Mitglied werden unter
www.gew.de/Mitgliedsantrag.html

Persönliches

Frau/Herr
Nachname (Titel)

Vorname

Straße, Nr.

Postleitzahl, Ort

Telefon

E-Mail

Geburtsdatum

Nationalität

gewünschtes Eintrittsdatum

bisher gewerkschaftlich organisiert bei

von/bis (Monat/Jahr)

Name / Ort der Bank

Kontonummer

BLZ

Berufliches

Berufsbezeichnung für Studierende: Berufsziel

Fachgruppe

Diensteintritt / Berufsbeginn

Tarif- / Besoldungsgebiet

Tarif / Besoldungsgruppe

Stufe

seit

Bruttoeinkommen Euro monatlich (falls nicht öffentlicher Dienst)

Betrieb / Dienststelle / Schule

Träger des Betriebs / der Dienststelle / der Schule

Straße, Nr. des Betriebs / der Dienststelle / der Schule

Postleitzahl, Ort des Betriebs/der Dienststelle / der Schule

Ihr Mitgliedsbeitrag:

- BeamtInnen zahlen 0,75 Prozent der Besoldungsgruppe und -stufe, nach der sie besoldet werden.
- Angestellte zahlen 0,7 Prozent der Entgeltgruppe und Stufe, nach der vergütet wird.
- Der Mindestbeitrag beträgt immer 0,6 Prozent der untersten Stufe der Entgeltgruppe I des TVöD.
- Arbeitslose zahlen ein Drittel des Mindestbeitrages.
- Studierende zahlen einen Festbetrag von 2,50 Euro.
- Mitglieder im Referendariat oder Praktikum zahlen einen Festbetrag von 4 Euro.
- Mitglieder im Ruhestand zahlen 0,66 Prozent ihrer Ruhestandsbezüge.

Weitere Informationen sind der Beitragsordnung zu entnehmen. Jedes Mitglied der GEW ist verpflichtet, den satzungsgemäßen Beitrag zu entrichten. Der Austritt ist mit einer Frist von drei Monaten schriftlich dem Landesverband zu erklären und nur zum Ende eines Kalendervierteljahres möglich.

Mit meiner Unterschrift auf diesem Antrag ermächtige ich die GEW zugleich widerruflich, den von mir zu leistenden Mitgliedsbeitrag vierteljährlich von meinem Konto abzubuchen.

Beschäftigungsverhältnis:

- Honorarkraft
- angestellt
- beurlaubt ohne Bezüge
- beamtet
- in Rente / pensioniert
- im Studium
- Altersteilzeit
- in Elternzeit
- befristet bis
- teilzeitbeschäftigt mit Std. /Woche
- teilzeitbeschäftigt mit Prozent
- Referendariat / Berufspraktikum
- arbeitslos
- Sonstiges

Ort, Datum

Unterschrift

wird von der GEW ausgefüllt

GEW-KVI-OV

Dienststelle

Fachgruppe

Kassiererstelle

Tariffbereich

Beschäftigungsverhältnis

Mitgliedsbeitrag Euro

Startmonat

Bitte senden Sie den ausgefüllten Antrag an den für Sie zuständigen Landesverband der GEW bzw. an den Hauptvorstand.

Die uns von Ihnen angegebenen personenbezogenen Daten sind nur zur Erfüllung unserer satzungsgemäßen Aufgaben auf Datenträgern gespeichert und entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes geschützt.

Vielen Dank!
Ihre GEW



Fachgruppe

Nach § 11 der GEW-Satzung bestehen folgende Fachgruppen:

- Erwachsenenbildung
- Gesamtschulen
- Gewerbliche Schulen
- Grundschulen
- Gymnasien
- Hauptschulen
- Hochschule und Forschung
- Kaufmännische Schulen
- Realschulen
- Schulaufsicht und Schulverwaltung
- Sonderpädagogische Berufe
- Sozialpädagogische Berufe

Bitte ordnen Sie sich einer dieser Fachgruppen zu.

Betrieb/Dienststelle

Hierunter versteht die GEW den jeweiligen Arbeitsplatz des Mitglieds.

Im Hochschulbereich bitte den Namen der Hochschule/der Forschungseinrichtung und die Bezeichnung des Fachbereichs/Fachs angeben.

Berufsbezeichnung

Geben Sie hier bitte Ihren Beruf oder Ihre Tätigkeit an, eingetragen werden sollen auch Arbeitslosigkeit oder Ruhestand.

Tarifgruppe/Besoldungsgruppe

Die Angaben Ihrer Vergütungs- oder Besoldungsgruppe ermöglicht die korrekte Berechnung des satzungsgemäßen Beitrags. Sollten Sie keine Besoldung oder keine Vergütung nach TVöD/TV-L oder BAT erhalten, bitten wir Sie um die Angabe Ihres Bruttoeinkommens.

